

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Müllinghaus, Berlin.
Telephon: Amt Dönhofs 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin OS 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Copaldruck

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abnahme beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 18. Februar 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Das grosse Reinemachen.

Ein gigantisches Sanierungswerk.

SPD. Bis zum 23. Februar, wo der Reichstag zusammentritt, wird sich die Reichsregierung darüber klar werden müssen, wie sie das Bankenproblem lösen will. Es werden bis zu dem genannten Termin sämtliche Berliner Grossbanken, mit Ausnahme der dem Reich gehörenden Reichskreditgesellschaft, die ihren Abschluss für 1931 bereits veröffentlicht hat, ihre Bilanzen aufstellen müssen. Sie müssen darüber Beschlüsse fassen, wie sie die eingetretenen Verluste aus der Welt schaffen wollen. Ein weiteres Aufschieben der grossen Bankenbereinigung ist nicht mehr möglich. Immer dringender und verständlicher wird auch der Wunsch der Steuerzahler, zu erfahren, was die Bankenbereinigung dem Staat kostet. Endlich muss mit dem Schrumpfungsprozess der Wirtschaft ein Ende gemacht werden. Mit der bisherigen künstlichen Kreditbeschränkung geht es nicht weiter.

Der bei den Grossbanken bevorstehende Umbau ist das grösste Sanierungswerk, das die kapitalistische Geschichte kennt. Es ist einzigartig, weil noch niemals der Staat so tief in ein Kreditsystem eingegriffen hat, wie es hier geschehen wird. Noch sind die Einzelheiten nicht bekannt, die Richtung aber steht fest. Danat und Dresdener Bank werden fusioniert. Bei der Danat ist anzunehmen, dass Kapital und Reserven, zusammen 120 Millionen Mark, verloren sind. Bei der Dresdener steht es etwas besser. Hier erwartet man eine Kapitalzusammenlegung von 4:1, also von 100 auf 25 Millionen Mark. Auch hier ist der grösste Teil der Reserven verloren. Die aus der Fusion entstehende neue Grossbank braucht natürlich neue Mittel. Die Danat braucht mindestens 100 Millionen, die Dresdener etwa 150 von den 300 Millionen, die ihr vor Monaten vom Reich zur Vermögensstärkung zur Verfügung gestellt worden sind. Die neue Grossbank erhält also etwa eine Viertelmilliarde öffentliches Vermögen, um weiter arbeiten zu können. Die Filialnetze der beiden Banken sollen zusammengelegt werden. Man rechnet, dass etwa ein Viertel der Filialen aufgegeben werden kann. Für die sächsischen und mitteldeutschen Filialen interessiert sich die Adca (Allgemeine Deutsche Creditanstalt in Leipzig), die seit einigen Monaten mit der Sächsischen Staatsbank fusioniert ist. Die freien und Bankangestelltengewerkschaften sind energisch bemüht, die Interessen der Angestellten bei der Fusion zu wahren.

Auch bei der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft (DD-Bank) und bei der Commerz- und Privatbank erfolgt eine grosse Bereinigung. Hier sind ebenfalls enorme Verluste zu tilgen. Bei der D.D.-Bank spricht man von einer Zusammenlegung von Kapital und Reserven (285 Millionen Mark Kapital und 160 Millionen Mark Reserven) auf die Hälfte. Für die Commerz- und Privatbank wird sich im Endeffekt kaum eine weniger scharfe Zusammenlegung ergeben (75 Millionen Kapital, 30 Millionen Mark Reserven). Diese beiden Banken stehen besser, aber nicht so gut, dass sie ohne öffentliche Vermögensstärkung auskommen. Auf irgend einem Wege - wahrscheinlich über die Golddiskontbank, d.h. Reichsbank,

soll die D.D.-Bank rund 100, die Commerz- und Privatbank 25 bis 30 Millionen öffentliche Mittel erhalten. An die Commerz- und Privatbank soll der Barmer Bankverein, das bedeutende Bankinstitut des engeren Ruhrgebiets und in der rheinischen Kleinindustrie, angeschlossen werden. Solche Anschlüsse an Grossbanken scheinen überhaupt die Form zu sein, in der man Wünsche von grossen Provinzbanken, ebenfalls eine öffentliche Vermögensstärkung zu erfahren, berücksichtigt.

Man fragt sich, woher der Staat diese gewaltigen Mittel nehmen wird. Tatsächlich gibt es für diese etwa 400 Millionen nur wenig Quellen. Das Reich hat eine Notensteuerforderung von etwa 150 Millionen Mark an die Reichsbank. Das Reich kann auf einige Dutzend Millionen Reichsbankgewinne zugunsten der Bankersanierung verzichten. Darüber hinaus muss das Reich neue Schulden machen, um die Banken zu sanieren. Die Münzgewinne, die man erwartet, sollen ja für Arbeitsbeschaffungszwecke bestimmt sein.

Wenn das Reich solche gewaltigen Summen zur Verfügung stellt, erwirbt es Rechte und hat gegenüber dem Steuerzahler Pflichten zu erfüllen. Der Staat ist schliesslich nicht irgend eine Ministerialbürokratie, sondern der Steuerzahler ist der Staat und dessen Rechte wahrzunehmen, ist der Staat verpflichtet. Es sollte an sich selbstverständlich sein, dass der Staat in demselben Umfang, in dem er den Banken öffentliches Vermögen zur Verfügung stellt, Aktien und Kapitalbeteiligungen erhält. Ebenso müsste der Staat die volle Kontrolle über alle Banken erhalten, denen er hilft. Man hört aber, dass diese ausreichende Aktienbeteiligung und Kontrolle zunächst nur bei der Danat-Dresdenerbank-Fusion vorgesehen ist. Bei der D.D.Bank und der Commerzbank sollen zunächst nur Gekusscheine zugunsten des Staates ausgegeben werden. Wenn das der Fall sein sollte, dann darf die dem Staat zufallende Kontrolle durch diesen Unterschied nicht beeinträchtigt werden. Es ist im kaufmännischen Leben üblich, dass derjenige, der zur Sanierung das Geld zur Verfügung stellt, die volle Kontrolle erhält. Es besteht kein Anlass, von diesem selbstverständlichen kaufmännischen Grundsatz in dem Falle der Berliner Grossbanken abzuweichen.

Die Kontrolle der Geschäftspolitik muss so vollständig als nur möglich sein. Das gleiche gilt für die Personalfrage. Man hört, dass der Leiter der Reichskreditgesellschaft Ritscher die fusionierte Danat-Dresdenerbank übernehmen soll. Man hört ebenso, dass die D.D.-Bank und die Commerz- und Privatbank jeder personellen Vertretung des Staates in ihrem Vorstande mit aller Macht widerstreben. Der Staat hat kein Recht, in der Personalfrage nachgiebig zu sein. Die Schwierigkeiten der Personalfragen sind umso geringer und der Staat wird umso leichter brauchbare und tüchtige Bankiers zu seiner Vertretung finden, je mehr er Kompromisse in der Personalfrage ablehnt. Es ist klar, dass um die staatliche Kontrolle der Geschäftspolitik der Grossbanken und um die Personalfrage am allerschärfsten gekämpft wird. Der Staat darf auch deshalb in diesen Fragen nicht nachgeben, weil von ihrer zweckmässigen Lösung auch die erfolgreiche Durchführung der industriellen Sanierung abhängt, die der Bankenbereinigung folgen wird.

Diese industrielle Bereinigung muss der nächste Schritt sein. Gegenwärtig liegen ja die Dinge so, dass die bei den Grosskonzernen eingefrorenen Kredite im Betrage von mehreren hundert Millionen Mark in der übrigen Industrie eine wahre Kreditaushungerung zur Folge gehabt haben. Die Bereinigung der Industrie d.h. die Heranziehung der Reserven und der Aktionäre zur Tilgung der Verluste kann allein neue Kredite für die übrige Industrie verfügbar machen und so den industriellen Schrumpfungsprozess beenden. Tut der Staat bei Banken und Industrie, was er zu tun verpflichtet ist, und zwar ohne Rücksicht auf einseitige Interessentenwünsche, dann wird das für einen besseren Wirtschaftsverlauf von ungeheurer Bedeutung sein.

SPD. Darmstadt, 18. Februar (Eig. Dr.)

Die Untersuchung des "Attentats" auf den nationalsozialistischen hessischen Landtagsabgeordneten Buttler hat bisher zu merkwürdigen Ergebnissen geführt. Nach dem Urteil von Schiessfachsachverständigen ist der betreffende Schuss aus wenigen Zentimeter Entfernung abgegeben worden, während Zeugen, die in der Nähe des "Tatorts" weilten als der Schuss fiel, keine Person neben Buttler gesehen haben. Inzwischen ist von der Polizei im Modaubach, der abgelassen wurde, auch der Revolver gefunden worden. Die Kugel, die im Rücken Buttlers steckt, dürfte das letzte Beweisstück in der merkwürdigen Attentatsangelegenheit sein.

SPD. Oskar von Hozenzollern ist das grosse Geheimnis derer um Hugenberg, die Trumpfkarte, die sie für die Reichspräsidentenwahl in der Hand halten. Oskar gehört nicht nur dem Stahlhelm an, sondern auch dem Deutschen nationalen Parteivorstand. An Intelligenz kann er sich weder mit Auwi, noch mit Eitel Friedrich, noch mit dem Exkronprinzen messen, aber das gereicht ihm in den Augen derer um Hugenberg gerade zum Vorzug. Seine Sporen hat er sich in ähnlicher Weise verdient, wie seine Brüder. Auch er hat sich in die Stahlhelm-Uniform geschmissen und bei sogenannten vaterländischen Kundgebungen den Kameraden gemimt. Auch er ist bekannt durch Hetzreden und durch schnoddrige Bemerkungen. Seine Geistesart wurde im Jahre 1926 durch einen ganz besonderen Vorfall hell beleuchtet. Damals wurden mehrere Leute gefasst, die ein Attentat auf Stresemann geplant hatten. Es waren feine Brüder. Von ihnen stammen die Worte: "Stresemann verwese man" und "das Schwein muss gekillt werden". Ihr Haupt war ein gewisser Lorenz. Der erhielt in die Untersuchungshaft einen freundlichen Brief Oskars und dazu 50 Zigaretten geschickt. Stresemann hatte sich bekanntlich sehr beflissen gezeigt, um dem Exkronprinzen die Rückkehr zu ermöglichen. Es war deshalb eine besondere Pikanterie, dass Oskar dem Attentäter, der den Freund seines Bruders killen wollte, Zigaretten schickte. Als sich in der Öffentlichkeit deswegen Lärm erhob, versuchte sich Oskar mit faulen Ausreden und falschen Anschuldigungen gegen die Justizbehörden herauszulügen. Er stand nicht zu dem, was er getan hatte.

Das ist der Mann, der gegen Hindenburg kandidieren soll, der präsumtive Platzhalter für einen künftigen König von Preussen, Hugenbergs Kandidat für die Reichspräsidentschaft. Das Harzburger Narrenhaus zeitigt in der Tat herrliche Blüten.

SPD. Kassel, 18. Februar (Eig. Drahtb.)

Das Schöffengericht Kassel verurteilte am Donnerstag den 21 Jahre alten landwirtschaftlichen Gehilfen Hermann Held wegen Verbrechens gegen den § 176 und Vergehens gegen den § 175 des Strafgesetzbuches zu vier Jahren Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren.

Held wohnte seit Februar 1931 in Hofgeismar, wo er die Hitler-Jugend organisierte. An dem Realgymnasium der Stadt wurde auf seine Veranlassung eine Wandervogelgruppe gebildet, die aber im Grunde nichts anderes war, als verkappte Hitler-Jugend. Dieser Weg wurde gewählt, um die Verfügung des preussischen Kultusministers, auf der politische Vereinigungen an höheren Schulen verboten sind, zu umgehen. Obwohl im Laufe der Monate immer wieder Gerüchte auftauchten, dass Held sich an den Schülern verging, konnte ihm nichts nachgewiesen werden. Auch von der NSDAP wurde gegen Held nichts unternommen, bis es der Polizei schliesslich gelang, der Sache auf die Spur zu kommen.

Die Anklage beschuldigte Held in 11 Fällen der unzünftigen Handlungen an Knaben unter 14 Jahren und in 4 Fällen des widernatürlichen Geschlechtsverkehrs. Befragt, wie er sein Vorhaben ausgeführt habe, sagt der Angeklagte:

dass er die Jungen unter irgend einem dienstlichen Vorwand zu sich in die Wohnung bestellt hätte. Das wurde von einigen Jungen, die als Zeugen vernommen wurden, bestätigt. Auf die Frage, warum sie immer wieder zu Held gegangen seien, antworteten sie: "Wir mussten gehorchen. Er war unser Führer. Wenn er mit uns sprach, mussten wir stramm stehen." Die betreffenden Kinder kamen vorwiegend aus sogenannten besseren Kreisen, vornehmlich aus Beamtenkreisen. Ihre Eltern haben nichts gegen Held unternommen.

Als der Skandal aufgedeckt wurde, versuchte die Bezirksleitung der Nationalsozialistischen Partei Held abzuschnüffeln. Sie behauptete, dass er nicht Mitglied ihrer Partei sei. Die Gerichtsverhandlung hat jedoch das Gegenteil ergeben. Held war bis Oktober 1932 Mitglied der NSDAP. Erst nachdem die Vorgänge in der Hitler-Jugend offenkundig geworden waren, ist er ausgeschlossen worden.

SPD. Die Nachricht, dass Hugenberg Herrn Oskar, Prinz von Preussen, als Ueberraschkandidaten gegen Hindenburg vorgesehen hat, hat wie eine Bombe eingeschlagen. In ihrem Drange, öffentlich mitzuteilen, dass ein Sohn Wilhelms geruht hat, als Mitglied des deutschnationalen Parteivorstandes an der Sitzung des Parteivorstandes teilzunehmen, hat die Deutschnationale Pressestelle selbst dafür Sorge getragen, dass die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf diese sogenannte Ueberraschkandidatur gelenkt worden ist.

Um den Charakter einer Ueberraschkandidatur nicht vollständig verschwinden zu lassen, hat sich nun die Deutschnationale Pressestelle zu einem Dementi entschlossen, das keines ist. Die Absichten Hugenbergs mit Oskar werden in diesem sogenannten Dementi keineswegs eindeutig bestritten. Dafür werden die taktischen Pläne derer um Hugenberg weiter aufgedeckt. Es heisst in der deutschnationalen Verlautbarung:

"Ganz allgemein scheint überhaupt die Bedeutung des ersten Wahlganges und der dafür genannten Kandidaten etwas überschätzt zu werden. Nach Lage der Dinge kann der erste Wahlgang nicht zu einem endgültigen Ergebnis führen. Dies folgt insbesondere daraus, dass die Kommunisten und ein grosser Teil der Anhänger der Sozialdemokratie den sozialdemokratischen Parolen für Hindenburg kaum folgen werden. Der erste Wahlgang verlangt bekanntlich eine absolute Mehrheit, d.h. etwa 18 Millionen Stimmen für den zu wählenden Kandidaten. Niemand wird annehmen, dass diese Zahl im ersten Wahlgang erreicht werden kann. Das wird schon allein durch die Stimmen, die der kommunistische Kandidat erhält, unmöglich gemacht."

Also: Mit Hilfe der Kommunisten gedenken die um Hugenberg es bis zu einem zweiten Wahlgang zu bringen. Im ersten Wahlgang wollen sie eine Zählkandidatur in der Person des Herrn Duesterberg aufstellen, der neben Hitler oder Frick kandidieren soll. Herr Duesterberg wäre ein Kandidat, den man bei Hugenberg "nicht überschätzt", und Herr Hitler auch! Im zweiten Wahlgang soll dann Oskar präsentiert werden. In diesem strategischen Plan ist den Kommunisten die Rolle der Hilfstuppe zugewiesen. Sie sollen im ersten Wahlgang die Bahn frei machen für Herrn Oskar Prinz von Preussen, den Sohn Wilhelms des Landflüchtigen und im zweiten Wahlgang sollen sie dann dafür Sorge tragen, dass einer aus dem Hause Hohenzollern gewählt wird!

SPD. Genf, 18. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Führer der Deutschen Delegation auf der Abrüstungskonferenz, Botschafter Nadolny, begründete in der Donnerstag-Sitzung der Konferenz den deutschen Abrüstungsvorschlag. Er hat im wesentlichen folgenden Inhalt:

"Bei der Ausarbeitung ihrer Vorschläge ist die deutsche Delegation davon ausgegangen, dass in Deutschland sowie drei anderen Staaten die Abrüstung be-

reits seit einer Reihe von Jahren durchgeführt ist, und zwar auf Grund einer Festsetzung derjenigen Mächte, die den Artikel 8 der Völkerbundssatzung verfasst, und die zugleich erklärt haben, dass diese den ersten Schritt zu der in der Satzung vorgesehenen allgemeinen Abrüstung bilden sollte. Sie wird daher von deutscher Seite als richtunggebend für die Abrüstung sämtlicher Völkerbundsmitglieder angesehen, zumal, da es im Völkerbund nur grundsätzlich gleich berechnete Mitglieder geben kann, von denen keines diskriminiert werden darf. Die Grundsätze für die allgemeine Herabsetzung und Verminderung der Rüstungen, deren Festsetzung der Konferenz obliegt, können für sämtliche Bundesmitglieder und diejenigen Länder, die sich seiner Abrüstungsaktion anschliessen, nur die gleichen sein. Die Mängel und Lücken des Entwurfs der Vorbereitenden Abrüstungskommission, die die deutsche Regierung veranlasst haben, ihn abzulehnen, sind aus den Vorbehalten ersichtlich, die in dem Bericht der Vorbereitenden Kommission Aufnahme gefunden haben.

Die nachstehenden Vorschläge, die, ohne erschöpfend sein zu wollen, die Auffassung der deutschen Regierung in grossen Zügen wiedergeben, zielen demgegenüber darauf ab, eine wirksame, alle Rüstungsfaktoren umfassende Rüstungsverminderung und -begrenzung durchzuführen. Sie enthalten diejenigen fundamentalen Massnahmen, die vor allem für die Verhinderung eines Angriffs wichtig sind. Die Vorschläge beruhen auf dem Grundsatz, dass künftig nur ein für alle Staaten in gleicher Weise geltendes Abrüstungssystem bestehen kann, das bei Einsetzung möglichst niedriger Rüstungszahlen für alle Staaten eine gerechte und wirksame Lösung des Abrüstungsproblems ermöglichen würde. Sie tragen überdies der Notwendigkeit Rechnung, die nationale Sicherheit der Völker, so wie dies in Artikel 8 der Satzung vorgesehen ist, zu berücksichtigen.

Indem die deutsche Delegation diese Vorschläge der Konferenz unterbreitet, legt sie Wert darauf, ihren Standpunkt dahin zusammenzufassen, dass die deutsche Regierung nur eine solche Konvention für annehmbar hält, deren Bestimmungen für sie in gleicher Weise gelten wie für die anderen Signatarstaaten.

I. Landstreitkräfte.

1. Das Personal der Landstreitkräfte soll allgemein nur im Wege freiwilliger Verpflichtungen rekrutiert werden.

2. Sollte sich diese Regelung auf der Konferenz als undurchführbar erweisen und daher den Staaten allgemein die Wahl des Wehrsystems überlassen bleiben, so müssen bei Wehrpflichttheeren die ausgebildeten Reservisten, die bekanntlich den Hauptbestandteil der Kriegsheere bilden, angemessen bewertet und ebenfalls in die allgemeine Beschränkung einbezogen werden.

3. Staaten mit Milizsystem müssen auf jeden Fall eine ihren besonderen Verhältnissen Rechnung tragende Berücksichtigung finden.

4. Für die Offiziere ist ein möglichst niedriger, für alle Staaten gleicher Prozentsatz der Gesamtstärke des Personals festzusetzen, der nicht überschritten werden darf.

5. Die Polizei, die Gendarmerie und ähnliche Verbände müssen begrenzt und Bestimmungen unterworfen werden, die ihre militärische Verwendung ausschliessen.

6. Die Unterhaltung und Verwendung nachstehender Kampfmittel soll ohne Einschränkung allgemein untersagt werden:

a) ausserhalb von Festungen und befestigten Plätzen Kanonen über 77 Millimeter und Haubitzen über 105 Millimeter,

b) innerhalb von Festungen und befestigten Plätzen Kanonen über 150 Millimeter und Haubitzen über 210 Millimeter,

c) Minenwerfer aller Art mit einem Kaliber von über 150 Millimeter,

d) Kampfwagen jeglicher Art.

7. Die danach erlaubten Waffen sind für jeden Staat nach Art und Menge nebst einem einheitlichen Zuschlag als Ersatz für Ausfälle festzusetzen. Für diejenigen Staaten, die keine eigene Rüstungsindustrie besitzen, können ausserdem gewisse Reservebestände zugelassen werden. Diejenigen Waffen, die über die zugelassenen Mengen hinaus vorhanden sind, müssen vernichtet werden.

8. Die Anlage und Unterhaltung von Festungen, befestigten Plätzen und Werken, die wegen ihrer Nähe zur Landesgrenze eine unmittelbare Bedrohung des Nachbarstaates darstellen und etwaige Massnahmen der Kriegsverhütung beeinträchtigen könnten, soll verboten werden. (Wegen der Küstenbefestigungen siehe unter II C).

II. Seestreitkräfte.

9. Die Höchsttonnage der einzelnen Schiffe ist unter gleichzeitiger proportionaler Verminderung der Gesamttonnage herabzusetzen. Kein Kriegsfahrzeug soll künftig eine grössere Wasserverdrängung als 10 000 Tonnen oder ein Geschützkaliber von mehr als 280 Millimeter haben.

10. Das Halten von Flugzeugträgern wird allgemein untersagt, da, wie unter III aufgeführt, das Halten von Luftstreitkräften zu Lande und zu Wasser verboten werden soll.

11. Die Unterwasserfahrzeuge sind abzuschaffen und zu verbieten.

12. Folgende "Begriffsbestimmungen" werden, soweit es sich nicht um Spezial- und von einer Begrenzung ausgenommene Fahrzeuge handelt, eingeführt:

a) Linienschiffe: Kriegsfahrzeuge mit einer Wasserverdrängung über 6000 Tonnen oder einem Geschützkaliber über 150 Millimeter;

b) Kreuzer: Kriegsfahrzeuge mit einer Wasserverdrängung über 800 Tonnen oder einem Geschützkaliber über 105 Millimeter;

c) Zerstörer: Kriegsfahrzeuge, deren Wasserverdrängung 800 Tonnen und deren Geschützkaliber 105 Millimeter nicht überschreitet.

13. Das nichtschwimmende Material der Marine ist für jeden Staat nach Art und Menge festzusetzen.

14. Das Personal der Marine soll allgemein nur im Wege der freiwilligen Verpflichtung rekrutiert werden. Jedoch wird das System dem für das Personal der Landstreitkräfte festzusetzenden Begrenzungssystem anzupassen sein.

15. Für die Offiziere und Deckoffiziere ist ein gewisser Prozentsatz der Gesamtstärke festzusetzen, der nicht überschritten werden darf.

16. Die Küstenbefestigungen können grundsätzlich in dem gegenwärtigen Umfang bestehen bleiben. Jedoch sollen Befestigungen, die natürlich Wasserstrassen beherrschen, verboten werden, um allen Nationen die freie und unbehinderte Durchfahrt durch diese Wasserstrassen zu ermöglichen.

III. Luftstreitkräfte.

Um die Durchführung des Verbots jeglicher militärischen Luftfahrt unter allen Umständen sicherzustellen, ist unter anderem zu untersagen:

a) jede Ausbildung und Fortbildung irgendwelcher Personen in der Luftfahrt, die einen militärischen Charakter oder Zweck hat;

b) jede Ausbildung und Tätigkeit von Wehrmachtsangehörigen in der Zivilluftfahrt;

c) Luftfahrzeuge zu bauen, zu halten, einzuführen oder in Verkehr zu setzen, die in irgendeiner Weise gepanzert oder geschützt sind oder die mit Einrichtungen zur Aufnahme von Kriegsmaschinen jeder Art wie Kanonen, Maschinengewehre, Torpedos, Bomben oder mit Visier- oder Abwurfeinrichtungen für solche Kriegsmaschinen versehen sind;

d) die Unterhaltung irgendwelcher militärischen Zwecken dienender Beziehungen zwischen Militär- und Marineverwaltung und der Zivilluftfahrt.

17. Die Unterhaltung jeglicher Luftstreitkräfte wird verboten. Das gesamte bisher im Dienst, in der Reserve oder auf Lager befindliche Material der Luftstreitkräfte ist zu zerstören, mit Ausnahme der Waffen, die auf die den Land- und Seestreitkräften zugebilligten Bestände übernommen werden.

18. Das Abwerfen von Kampfmitteln jeder Art aus Luftfahrzeugen, sowie die Vorbereitung hierfür ist ohne jede Einschränkung zu untersagen.

IV. Allgemeine Bestimmungen.

20. Das Verbot der militärischen Verwendung von Stickgas, Giftgas oder ähnlichen Gasen und allen ähnlichen Flüssigkeiten, Stoffen oder Verfahren sowie aller Mittel des Bakterienkrieges wird auf die Vorbereitung der Ver-

wendung dieser Kampfmittel ausgedehnt.

21. Die Ein- und Ausfuhr von Kriegswaffen und deren Munition sowie von Kriegsgerät ist grundsätzlich zu verbieten. Jedoch muss für diejenigen Staaten, die nicht in der Lage sind, die für sie festgesetzten Mengen an Waffen, Kriegsgerät und Munition herzustellen, die Möglichkeit sichergestellt werden, die erforderlichen Mengen aus dem Ausland zu beziehen.

22. Die Herstellung von Kriegswaffen und Munition sowie von Kriegsgerät darf nur in bestimmten privaten und staatlichen Fabriken oder Werkstätten erfolgen, die der Öffentlichkeit bekannt zu geben sind. Die Regierungen verpflichten sich, durch geeignete Massnahmen sicherzustellen, dass die Produktion nicht die Mengen überschreitet, die für sie und zur Ausfuhr an Staaten ohne Rüstungsindustrie zugelassen sind.

23. Entsprechend der in Artikel 8 der Völkerbundssatzung enthaltenen Verpflichtung der Völkerbundsmitglieder, in der offensten und erschöpfendsten Weise alle Auskünfte über den Stand der Rüstungen auszutauschen, muss sich der Austausch der Rüstungsangaben auch auf die Rüstungsausgaben erstrecken.

24. Die Durchführung und Einhaltung der Abrüstungsbestimmungen ist durch ein für alle Staaten gleiches Verfahren der Ueberwachung sicherzustellen.

V. Uebergangsbestimmungen.

25. Soweit die Durchführung der vorstehenden Vorschläge Massnahmen technischer oder organisatorischer Art notwendig macht, wird die Konferenz über das Verfahren und über die Fristen Bestimmungen festzusetzen haben, nach denen sich die einzelnen Staaten bei der Ueberführung ihrer heutigen Rüstungen auf den der Konvention entsprechenden Rüstungsstand zu richten haben.

+ + +

Die Rede des deutschen Hauptdelegierten auf der Abrüstungskonferenz Nadolny wurde von der mässig besetzten Versammlung mit höflichem Beifall aufgenommen. Die Vorschläge selbst bildeten für niemanden eine Ueberraschung.

Im weiteren Verlauf der Sitzung forderte der Bulgare Malinof Gleichheit im Recht und in der Freiheit für jedes Land, dasjenige Rekrutierungssystem anzuwenden, das am besten den Bedürfnissen seiner nationalen Verteidigung und besonderen Lage entspreche. Australien liess die Annahme der vorbereitenden Konvention als Diskussionsgrundlage erklären, die durch Errichtung einer ständigen Abrüstungskommission, Verbot der chemischen Kriegsführung, Abschaffung der U-Boote, Verminderung der Schlachtschiff-tonnage und Herabsetzung des Kalibers der Schiffs- und Landartillerie ergänzt werden müsse.

SPD. Köln, 18. Februar (Eig. Drahtb.)

In dem Textilbetrieb von Baldus in Friedrichstal im oberbergischen Land, den die Nazis schon für sich bereits erobert zu haben glaubten, erhielten die Hitlerianer und Stahlhelmer zusammen bei der Betriebsrätewahl 42 Stimmen, während die Gemeinschaftsliste der Gewerkschaften 233 Stimmen auf sich vereinigte.

SPD. Weinheim, 18. Februar (Eig. Dr.)

In Weinheim an der Bergstrasse kam es in einer von Nationalsozialisten veranstalteten öffentlichen Versammlung, in der der frühere Tscheka-Führer Neumann-Frankfurt sprechen sollte, zu schweren Ausschreitungen. Bei Beginn der Versammlung machten Kommunisten Zwischenrufe, worauf eine regelrechte Saalschlacht entstand, in deren Verlauf mehr als 30 Personen verletzt wurden. Der nationalsozialistische Saalschutz und vier Polizeibeamte drängten die Kommunisten schliesslich aus dem Saal. Die Versammlung konnte dann fortgesetzt werden. Nach etwa einer Stunde wurde sie jedoch durch die Gendarmerie aufgelöst.

SPD. Dresden, 18. Febr. (Eig. Drahtb.)

Der Sächsische Landtag lehnte am Donnerstag nach einer einstündigen heftigen Debatte das kommunistische Volksbegehren auf Auflösung des Landtags ab. Mit den Kommunisten stimmten nur die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen, also der ewige Dreibund, für das Volksbegehren. Mit Rücksicht auf die im März vor sich gehende Reichspräsidentenwahl dürfte der nach der Ablehnung des Volksbegehrens gesetzlich erforderliche Volksentscheid erst im April durchgeführt werden.

SPD. Warschau, 18. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Dombrowaer und Krakauer Kohlenrevier sind die Bergarbeiter in Stärke von 30 000 Mann am Donnerstag in den Streik getreten. Der Streik ist auf den seit langem andauernden Lohnkonflikt im polnischen Kohlenbergbau zurückzuführen.

Der Bergarbeiterverband von Dombrowa und Krakau hatte die Aufhebung der unlängst von den Unternehmern in Vereinbarung mit der Regierung durchgeführten achtprozentigen Lohnkürzung gefordert. Auf diese Forderung erteilten die Unternehmer überhaupt keine Antwort. Die Folge war der Streik der Bergarbeiter. Die Führung des Streiks hat der Sozialistische Bergarbeiterverband inne. Die Gewerkschaften beabsichtigen im Falle einer längeren Dauer des Streiks im Dombrowaer und Krakauer Bezirk auch in Oberschlesien zum mindesten einen teilweisen Streik zu proklamieren.

SPD. Die Bank von England hat ihren Diskontsatz um ein Prozent auf 5 Prozent gesenkt. Diese Massnahme bezeichnet die Tendenz in wichtigen Ländern, den Kredit zu verbilligen und auszuweiten. Man kann damit rechnen, dass vor allem Amerika nach vollzogener Reform seiner Notendeckung dem Beispiel Englands folgen wird. Auch in den norwegischen Ländern trägt man sich mit dem Gedanken einer baldigen Diskontverbilligung. Die Reichsbank könnte eine Herabsetzung des deutschen Diskonts, die hoffentlich bald in Kraft tritt, auf jeden Fall durch den Hinweis auf die seit Wochen festzustellende Schrumpfung der Kreditsumme rechtfertigen.

SPD. Paris, 18. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Präsident der Republik hat den Abgeordneten Painlevé am Donnerstag mit der Neubildung der Regierung beauftragt. Im Laufe des Donnerstag führte Painlevé Besprechungen mit zahlreichen Politikern, darunter Laval, Tardieu, Herriot und Steeg.

Die Berufung Painlevés ist in der Kammer im allgemeinen günstig aufgenommen worden. Unter den Radikalen macht sich eine ziemlich starke Neigung zu einer Beteiligung an einem Kabinett Painlevé bemerkbar. Beschlüsse hat die radikale Fraktion jedoch nicht gefasst. Die zu der bisherigen Regierungsmehrheit gehörige Fraktion der radikalen Linken sprach sich in ihrer Sitzung für ein Konzentrationskabinett aus, das von einem weitherzigen Geiste der Versöhnung beseelt und entschlossen sei, eine Einigung zwischen der Kammer und dem Senat herbeizuführen. Auch die Fraktion der katholischen Demokraten trat für eine solche Regierung ein. Die Fraktion Marin nahm eine Entschliessung an, die sich gegen die Bildung eines Ministeriums durch Parlamentarier ausspricht, die stets gegen die Regierung Laval und gegen die Mehrheit gestimmt haben. Die Fraktion wünscht einen Ministerpräsidenten aus den Reihen der Mehrheitsparteien.

Painlevé ist trotz aller Manöver, die die äussersten Rechte gegen ihn unternimmt, entschlossen, zunächst die Bildung eines Konzentrationskabinetts zu versuchen, in dem die Radikalen und die übrigen Linksparteien beteiligt sind. Wenn ihm das nicht gelingt, will er ein Linkskabinet ähnlich dem letzten Kabinet Steeg bilden.

SPD. Stuttgart, 18. Februar (Eig. Dr.)

Der Württembergische Landtag führte am Donnerstag die Aussprache über die einseitig nach links gerichtete Praxis des Stuttgarter Polizeipräsidiums zu Ende. Wenn in der Aussprache die Auffassungen der bürgerlichen Parteiredner darüber, ob die Beschlagnahme rechtszulässig war, auch auseinander gingen, so bestand, abgesehen von den nationalsozialistischen und deutschnationalen Sprechern, doch volle Übereinstimmung darüber, dass das Verbot mit politischen Gründen nicht zu rechtfertigen, ja, dass es sogar im höchsten Grade politisch unzweckmässig gewesen sei.

Einen breiten Rahmen nahm in der Aussprache auch der organisierte Terror ein, mit dessen Anwendung die Nationalsozialisten das gesamte öffentliche Versammlungsleben brutalisieren und allen auf eine ruhige und sachliche Erörterung der politischen Fragen ausgehenden Parteien die Abhaltung von Versammlungen überhaupt unmöglich machen. Die schärfste Kritik an diesem Verfahren übte am letzten Tage der Aussprache der Redner des Zentrums, Abgeordneter Bock, der an die Regierung die Aufforderung richtete, jetzt mit aller Schärfe gegen die Störenfriede vorzugehen und den Parteien, die planmässig die Versammlungen der anderen durch Gewaltakte und organisierte Ruhestörung zu sprengen versuchen, die Abhaltung eigener Versammlungen durch besonderes Verbot, das nur gegen sie gerichtet sei, unmöglich zu machen.

Die Erörterungen dieser Frage veranlasste den Staatspräsidenten Bötz, der wohl selbst die Schwäche und die Unzulänglichkeit seiner ersten Rede empfand, am Schluss der Aussprache nochmals das Wort zu nehmen. Er anerkannte grundsätzlich, dass die Polizei verpflichtet sei, die Versammlungsfreiheit zu schützen, soweit ihre Kräfte dazu ausreichen. Sie könne natürlich nicht überall im Lande zugleich eingreifen. Daher habe der das Hausrecht ausübende Versammlungsleiter auch das Recht, einen Versammlungsschutz zu bestellen, der Ruhestörer eventuell auch gewaltsam entferne oder, falls sie die Angaben ihrer Personalien verweigern, festnehmen dürfe, um sie der Polizei zu übergeben. Aber der Versammlungsschutz dürfe nicht selbst Gewaltakte üben, zuschlagen oder dergleichen, wie er natürlich in den vom Gesetz gezogenen Schranken auch das Recht der Notwehr gegen Angriffe habe, die gegen ihn gerichtet wurden. Wie früher, sei auch heute der Beamte zur Verfassungs- und Pflichttreue verpflichtet. Er habe sich nicht nur fernzuhalten von allen Bewegungen, die gegen den Staat Angriffe und Verdächtigungen richten, sondern er müsse zu dem Staat stehen und ihn wegen dieser Angriffe verteidigen. Er wolle nicht verkennen, dass die heute viel leidenschaftlicher gewordenen Parteikämpfe ebenfalls auch auf die Beamten abfärbten, er erkläre aber, dass die Regierung keinen Beamten dulden werde, der sich gegen die Verfassung betätige und auch Beschimpfungen sich nicht bieten lasse. Sie sei auch schon gegen eine Reihe von Beamten, die sich gegen diese Pflichten vergangen hätten, vorgegangen.

In seinem Schlusswort stellte der sozialdemokratische Abgeordnete Keil fest, dass der Zweck der Grossen Anfrage durch die eingehende Beleuchtung der politischen Praxis erreicht worden sei.

SPD. Paris, 18. Februar (Eig. Drahtb.)

Vor dem Senat kam es am Donnerstag-Nachmittag wieder zu Kundgebungen nationalsozialistischer Studenten. Die Rowdys warfen mit Steinen die Fenster des Verwaltungsbüros des Senats ein. Als die wachhabenden Polizeibeamtendie Studenten auseinandertreiben wollten, kam es zu einer Schlägerei, in der ein Beamter verletzt wurde. Infolge dieser Kundgebungen wird der Senat bis auf weiteres von einer starken Abteilung republikanischer Garde bewacht.

SPD. Der Berliner Börsenvorstand hat am Donnerstag beschlossen, den amtlichen Freiverkehr in den Börsenräumen am 25. Februar wieder aufzunehmen. Die Börsenzeit wurde auf 12 bis 14 Uhr festgesetzt.

SPD. Cottbus, 18. Februar (Eig. Drahtb.)

In Klein-Gaglow bei Cottbus kam es am Mittwochabend nach einer nationalsozialistischen Versammlung zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und kommunistischen Elementen. Vier Nationalsozialisten wurden zum Teil schwer verletzt. Auf dem Transport zum Krankenhaus erlag ein Nationalsozialist seinen Verletzungen. Ein anderer schwerverletzter Nationalsozialist dürfte ebenfalls kaum mit dem Leben davorkommen. Ausser den Nationalsozialisten wurden auch Anhänger anderer Parteien verletzt.

SPD. Der Führer der Bayerischen Volkspartei Staatsrat Schäffer hat am Donnerstag einen Aufruf zur Wiederwahl Hindenburgs erlassen.

SPD. London, 18. Februar (Eig. Drahtb.)

Die chinesischen Militärs haben die Forderungen des japanischen Ultimatum abgelehnt. Das Ultimatum verlangte die Zurückziehung der chinesischen Truppen in eine Entfernung von 20 Kilometer von Schanghai und die dauernde Anerkennung einer neutralen Zone um die Stadt, ferner die Zerstörung der Woosung-Forts.

Mit dem negativen Ausgang der Zusammenkunft der beiden Heerführer sind die Aussichten auf einen Frieden fast ganz geschwunden. Der japanische Angriff erscheint jetzt unvermeidlich und die Chinesen sind nach wie vor zum Widerstand entschlossen. Die Japaner haben beschlossen, ihren Angriff auf die chinesische Stellung vom Norden her zu unternehmen und nicht die südlich der Vorstadt Schapei und der chinesischen Linien gelegene internationale Zone als Basis zu benutzen, damit für die Chinesen kein Grund besteht, die internationale Siedlung zu beschliessen. Ob sich die Japaner an dieser Zusage halten, erscheint angesichts der Tatsache fraglich, dass das Gelände nördlich der Stadt von unzähligen Wassergräben, den sogenannten Creeks, durchzogen ist, was einen Angriff von dieser Seite sehr erschwert und vor allem sehr verlustbringend macht.

England sucht durch diplomatische Noten an die chinesische Regierung anlässlich der Tötung zweier englischer Matrosen die Gefahr für seine Staatsangehörigen in der Siedlung zu vermindern. Die Besorgnis in London ist sehr gross. Nebender unmittelbaren Gefährdung der Stadt steht die Frage, wie der chinesisch-japanische Krieg sich auf die Handelsbeziehungen mit China auswirken wird, im Vordergrund der Erwägungen.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Hohenzollern-Hoffnungen.

SPD. Die Familie Wilhelms hat wieder Hoffnungen. Sie wartet auf den Sieg des Faschismus in Deutschland. Ein faschistischer Reichspräsident ist für sie nichts als der Platzhalter für einen kommenden preussischen König aus dem Hause Hohenzollern. Im Hinblick auf eine solche Möglichkeit haben Wilhelms Söhne ihre Finger in die politische Suppe gesteckt. Sie sitzen im Stahlhelm, bei den Deutschnationalen und bei Hitler, aber sie ziehen alle am gleichen Strang. Herr Hugenberg hat auf den Stahlhelmann Oskar Prinz von Preussen ein liebevolles Auge geworfen. Er hält ihn in Reserve als Präsidentschaftskandidat. Zwar der eigentliche legitime König von Preussen ist nach der Anschauung der Legitimisten der älteste Sohn des Exkronprinzen. Aber dieser junge Mann ist noch zu jung, als dass man ihn herausstellen könnte, sein Onkel Oskar soll also als Platzhalter für ihn auftreten.

Das Ludendorff-Blatt wollte sogar wissen, dass man beim Stahlhelm Wilhelm von Doorn in Aussicht genommen habe, um gegen Hindenburg zu kandidieren, aber der Holzhaacker von Doorn zieht heute nicht mehr. Werfen wir einen Blick auf die übrige hoffnungsvolle Familie.

Der Exkronprinz.

Seine Lieblingsbetätigung, seine Abenteuer und seine Intelligenz sind gleichermassen bekannt, ebenso ist bekannt, welches Urteil Reichswehrminister Groener am Ende des Krieges über ihn abgegeben hat. Der Exkronprinz hat sich seit dem Kriege auf Sechstagerennen und auf Stahlhelmtagungen populär zu machen versucht. Unvergessen ist noch, wie er am Schwanz der Gefolgschaft Amanullahs durch das Brandenburger Tor in Berlin einzog. Er hat immerhin erreicht, dass Herr Schleicher ihn zu einem Frühstück mit dem Reichskanzler Brüning eingeladen hat. Seine Frau hat kürzlich die neugebackene Frau Goebbels empfangen. Man kann nicht wissen, ob Herr Goebbels nicht bald Hitlers Nachfolger wird und dann kann es nichts schaden, Beziehungen zu haben. Auf alle Fälle hat er sich noch ein Eisen ins Feuer gelegt, und so liest man in einer Breslauer Zeitung das folgende Inserat: "Kronprinzenkandidatur. Wir suchen an allen Orten Deutschlands nationale Männer als Kreis- und Ortsgruppenführer. Eilangebote nebst Rückporto an Reichsbewegung für Kronprinzen-Kandidatur." Aber der Exkronprinz, der in Breslau bei dem Stahlhelmaufmarsch neben Seeckt und Mackensen auftreten durfte, hat keine Gnade bei den Alldeutschen. Im Jahre 1922 verlautbarten sie über ihn: "Es ist schmerzlich, erfahren zu müssen, dass der gewesene Thronerbe, der sich einst zu völkischen Auffassungen bekannte, sich zu einer Auffassung zurückentwickelt hat, die den einfachsten Erkenntnissen der Rassenlehre widerspricht."

Eitel Friedrich.

Das ist der dickste unter den Söhnen Wilhelms. Er hat als Erster angefangen, laut gegen die Republik zu schreien und bei sogenannten vaterländischen Tagungen konterrevolutionäre Propaganda zu betreiben. Die Stahlhelm-Uniform steht ihm ausgezeichnet, die beträchtliche Dicke des Bauches tritt dabei glänzend hervor. Er hat es auch am nötigsten, gegen die Schieberrepublik zu agitieren! Am 18. Mai 1921 wurde er zu Berlin wegen Vergehens gegen das Kapitalfluchtgesetz zu 5000 Mark Geldstrafe rechtskräftig verurteilt. Er hatte Kapital ins

Ausland verschoben mit Hilfe eines Bankhauses, bei dessen Inhaber er zuvor sicher nicht die einfachsten Erkenntnisse der Rassenlehre angewandt hätte. Die Verbindung des Hohenzollernhauses mit dem Bankhaus Grusser, Philippson & Co., dessen Hauptgeschäftszweig in der Kapitalverschiebung ins Ausland bestand, ist in diesem Prozess aufgedeckt worden. Eitel Friedrich ist seitdem im Volksmunde bekannt unter dem Namen: Eitel Schieberich!

Wenn die Harzburger ihre Blicke unter den Hohenzollernprinzen umherschweifen lassen, müssen sie an dem Mann mit diesem Ehrennamen seufzend vorbeigehen.

Joachim.

Hat sich erschossen. Sein Bruder Eitel Friedrich hat seinen Tod zu dem Versuche benutzt, um die Schuld an seinen Kapitalverschiebungen ins Ausland auf ihn abzuwälzen.

Adalbert

ist der öffentlichen Aufmerksamkeit entschwunden und ziemlich unpolitisch

August Wilhelm.

Auwi, der Mann mit der schwierigen Faust, der im Jahre 1930 vom Stahlhelm zu den Nationalsozialisten überging und sich seitdem in nationalsozialistische Versammlungen in gemeinsten Verleumdungen gegen republikanische Staatsmänner ergeht. Erst kürzlich hatte er in einer Versammlung in München die Führer der Mittelparteien und der Sozialdemokratie mit einer Schweineherde verglichen, die sich um einen Trog drängt, wobei er die Führer des Zentrums als die vordringlichsten Schweine vorstellte. Er pflegt in nationalsozialistischen Versammlungen von der Kohlrübenrevolte des Jahres 1918 zu reden, wobei er die reichen Lebensmittelvorräte zu erwähnen vergisst, die im Berliner Schlosse nach der Revolution aufgefunden wurden. Bekannt ist seine Klage darüber, dass den Hohenzollern alles genommen worden sei und dass es ihnen schlechter gehe als dem Arbeitslosen. Dieser Mann der dummdreisten Demagogie hat gemeinsam mit Herrn Goebbels in Königsberg Bekanntschaft mit dem Gummiknüppel der preussischen Polizei gemacht, als er sich dreist aufführte. Deshalb durfte er auch bei einem SA-Appell vor Hitler auf der Bank der verwundeten SA-Leute sitzen und sich als Märtyrer die Hand von Hitler drücken lassen. Er ist so sehr im Schweife Hitler eingefangen, und so dienstbeflissen, dass Hitler keinerlei Sorge zu haben braucht, dass dieser Mann die von ihm so heiss ersehnte Kandidatur fortschnappen könne.

Oskar.

Die neueste Hoffnung der Familie aber ist der Mann der Gräfin Bassewitz, Oskar Prinz von Preussen. Das ist der Mann Hugenbergs, der wie ein Springteufel aus der Schachtel hervorspringen soll, wenn Hugenberg auf den Knopf drückt. Heil Oskar, nieder mit Adolf!

Esser sorgt vor.

Der Nazimann Esser hat einen Zorn auf Dr. Eckener gefasst, weil er für Hindenburg eingetreten ist. Esser fürchtet Eckener auch noch, weil er einmal als Kandidat gegen Hitler genannt wurde. Kann man wissen, was noch kommt? Also gedachte Esser, Herrn Eckener vorsorglich durch einen fürchterlichen Schlag zu erledigen. Da nannte er ihn in einer Münchener Versammlung den "Direktor der fliegenden Weisswurst".

Aus aller Welt

Verirrtes Leben.

In der Zentralstelle für Vermisste und unbekannte Tote...

SPD. In einem der langen, grauen Gänge des Berliner Polizeipräsidiums leuchtet dem Suchenden tröstlich ein weisses Schild entgegen: Vermisstenzentrale. Viele schon mögen in banger Sorge, in quälender Ungewissheit diesen Weg gegangen sein. Die meisten von ihnen konnten beruhigt und getröstet wieder von dannen gehen. Für manche wurde der Tod eine traurige Gewissheit. Und nur wenige waren darunter, denen die Beamten der Vermisstenzentrale nichts über das Schicksal der vermissten Angehörigen mitteilen konnten.

Vor den Arbeitstischen in der Vermisstenzentrale werden die Stühle den ganzen Vormittag über nicht leer. Eltern erscheinen hier, die nach ihren Kindern forschen; Männer, die ihre Frauen suchen und umgekehrt. Erschütternde Berichte werden hier gegeben, die das Leben in all seiner unergründlichen Verworfenheit widerspiegelt. Und in den Kartotheken der Vermisstenzentrale sind Schicksale aufgezeichnet, so abgründig und wechselvoll, wie sie kein Dichter erfinden könnte. Hier steht auch die Kartei der unbekannten Toten. Die Liste der Unglücklichen, die der Strom des Lebens als Wracks an seinen Ufern liegen liess. Namenlose Tote, die man in den Betten kleiner Hotels fand, im Dickicht und Gestrüpp des Waldes; die aus den Flüssen und Kanälen gefischt wurden. Menschen, die mit dem Leben nicht mehr fertig wurden und es in der Verzweiflung fortwarfen, weil es zuviel Schweres auf ihre Schultern legte.

12500 Vermisste wurden in Deutschland gesucht.

Vermisst! Ueber den Namen von 12 500 Deutschen leuchtete im vorigen Jahre dieses verhängnisvolle Wort wie ein rotes Signallämpchen auf. Männer verliessen ihre Familien und die Stadt, in der sie lebten. Sie gingen eines Morgens weg, wie alle andern Tage zur Arbeit oder zum Stempeln, - aber sie kehrten nicht zurück. Junge Menschen ergriff der Wandertrieb. Kinder entliefen, gehetzt von sinnloser Angst; sie fürchteten die Strafe der Eltern oder des Lehrers. 12 500 Menschen verschwanden. Manche liessen noch einen Zettel zurück: Ihr seht mich nicht wieder. Aber es ist nicht so leicht, hinter sein Leben einfach einen Schlussstrich zu ziehen, von seinem Tischbaufzustehen und fortzugehen, denn es ist wohl kein Mensch so einsam und so verlassen, als dass nicht durch sein Fortgehen eine Lücke entstünde. Und von den Angehörigen des Vermissten alarmiert, beginnt der grosse Apparat der Polizei - Abteilung Vermisstensuche - zu spielen. Auf den örtlichen Polizeirevieren laufen die Vermisstenanzeigen ein. Die ersten Nachforschungen werden eingeleitet. Die Anzeigen gehen unterdessen weislich in die Berliner Vermisstenzentrale, wo für jeden Verschwundenen eine Vermisstenkarte angelegt wird. Sie enthalten eine Beschreibung des Menschen, seiner Kleidung und Lebensäusserungen, die an Genauigkeit nicht zu überbieten ist. Man forscht nach den Gründen seines Verschwindens, man betrachtet seine Verhältnisse und versucht Schlüsse aus ihnen zu ziehen. Gleichzeitig aber wird hier auch über jede unbekannte Leiche, die man in Deutschland auffindet, Buch geführt. Und dann beginnt ein trauriges Geschäft: Man sucht zuerst die verschwundenen Lebenden unter den unbekannten Toten. Eine schwierige Arbeit, denn oft erschwert der Zustand der Leichen die Identifizierung. Ist der Vermisste nicht unter den Toten, dann muss er noch am Leben sein. Und nun setzen umfangreiche Ermittlungen ein: Nachforschungen bei Verwandten und in Berufskreisen;

Ausschreibungen in amtlichen Blättern, und schliesslich tritt auch der Polfunk mit seiner Meldung "An Alle", in Tätigkeit, um den Aufenthaltsort des Vermissten zu entdecken. Besteht die Vermutung, dass er ins Ausland gegangen ist, dann setzt man sich mit den betreffenden ausländischen Polizeibehörden ins Einvernehmen. Ja, oft geht die Vermisstensuche bis in überseeische Länder. So werden 80 % der Vermissten aufgefunden. Manche kehren von selber zurück und nur wenige bleiben auf immer verschollen.

Eine erschütternde Bilanz.

Und warum verschwanden diese 12 500? Der Gründe gibt es genug. Wandertrieb und Abenteuerlust haben schon zu allen Zeiten junge Menschen bewogen, das Elternhaus zu verlassen. Furcht vor Strafe, Zerwürfnisse, heimliche Liebschaften, sexuelle Verirrungen, zerstörtes Lebensglück, das sind einige von den Motiven, die den Menschen ins Anonyme treiben und ihn alle Brücken abbrechen heissen. Im letzten Jahr aber hat die Statistik Fälle erfasst, in denen sich nun auch die furchtbare Notzeit in ihrer ganzen Trostlosigkeit für den einzelnen Menschen ausdrückt. Der dumpfe, lähmende Druck der Existenzangst hat viele in den Tod getrieben. Und die Zahl der jungen Menschen ist nicht gering, die verschwanden, weil sie die Aussichtslosigkeit ihres Lebens nicht länger ertragen konnten. Sie hatten, zermürbt durch jahrelange Arbeitslosigkeit jeden Glauben an die Zukunft verloren. Manche von ihnen wanderten hungernd und bettelnd durchs Ausland. Andere suchten einen Unterschlupf in den grossen Städten. Einige landeten verzweifelt in der französischen Fremdenlegion und andere wieder konnten nur als unbekannte Tote gefunden werden.

Zeitungsleser auf der Brücke.- -

Wir baten Kommissar Bender von der Berliner Vermisstenzentrale, uns den einen oder anderen Fall aus seiner Arbeit zu erzählen. Er schilderte uns einen der sich anhört wie eine Episode aus einem spannenden Roman: Ein junger Mann verschwindet aus Berlin. Sein Vater meldet ihn als vermisst und ist ganz verzweifelt, denn er hat die Vermutung, dass der Sohn "um die Ecke gebracht worden sei". Befragt warum, erzählt er von einem Streit, den der Sohn mit einem Freunde gehabt hat. Nach dem letzten Zusammensein mit diesem Freunde sei er auch verschwunden. Nach und nach kommt auch ein Diebstahlsverdacht hinzu, und es stellt sich heraus, dass der junge Mann Selbstmordabsichten geäussert hat. Zehn Tage dauern die Ermittlungen, sie sind ohne Erfolg. Die Vermisstenzentrale übergibt den Fall der Presse. In allen Zeitungen wird das Bild des Vermissten veröffentlicht. Und nun geschieht das Unglaubliche: Der Sohn, der sich während der ganzen Zeit hungernd und bettelnd in Berlin herumgetrieben und auf Böden geschlafen hat, will sich in seiner Verzweiflung ins Wasser stürzen. An der Brücke aber steht zufällig ein junger Mann, der die Zeitung liest. Neugierig tritt der Sohn hinzu und sieht sein Bild. Dem Zeitungsleser fällt das unruhige Wesen seines Nachbarn auf. Er blickt ebenfalls auf das Bild vergleicht es blitzschnell mit seinem Gegenüber und sagt: "Sie sind ja der Vermisste!" Der Sohn stürzt fort, wird aber mit Hilfe eines Schupos festgenommen. Happy end - denn der Diebstahlsverdacht, der den jungen Mann von zu Hause fortgetrieben hat, erweist sich als unbegründet.

+ + +

Muttermord. In Wesmar bei Halle hatte der 21 jährige Gastwirtssohn Paul Müller mit seinen Eltern, die sich der beabsichtigten Heirat des jungen Mannes widersetzen, eine heftige Auseinandersetzung. Plötzlich zog Müller in höchster Erregung zwei Pistolen aus der Tasche und legte auf seine Eltern an. Die auf den Vater gerichtete Waffe versagte, während die Mutter ins Herz getroffen wurde und tot zu Boden sank. Der Mörder flüchtete zu seiner Braut; später stellte er sich der Polizei.

+ + +

Verhafteter Ozeanflieger. Der amerikanische Ozeanflieger Levine ist in New York wieder einmal verhaftet worden. Der Untersuchungsrichter wünscht von Levine zu wissen, ob die von ihm für eine Bankanleihe hinterlegten Wertpapiere im Wert von 22 000 Dollar aus einem Diebstahl herrühren....

Die Berliner Volksbühne. Entgegen zahlreichen Gerüchten teilt die Berliner Volksbühne mit: "Eine Stilllegung des Theaters am Bülowplatz steht ganz aussen Erwägung. Noch unentschieden ist zurzeit nur, ob der Verein Volksbühne sein Haus im nächsten Jahr in eigener Regie fortführen wird."

Pilotentod im Hochhofen. Ueber dem Flugplatz Niederjeutz bei Metz stürzte eine Maschine des Metzger Jagdflieger-Regiments infolge eines Motordefekts ab. Der eine der beiden Insassen wurde auf der Stelle getötet. Der andere versuchte mit einem Fallschirm abzuspringen. Der Fallschirm öffnete sich jedoch nicht, sodass der Pilot in einen Hochhofen fiel und verbrannte.

Verhinderte Theaterpanik. In dem 2 000 Personen fassenden New Yorker Palace-Theater brach am Mittwochabend während der Vorstellung ein Brand aus. Durch einen Kurzschlussfunken wurde ein Vorhang auf der Bühne in Flammen gesetzt. Im Zuschauerraum schien eine katastrophale Panik zu entstehen. Die Situation wurde aber durch die Geistesgegenwart der populären Sängerin Sophie Tucker gerettet. Sophie Tucker, die gerade einen ihrer beliebtesten Schlager vortrug, brach ihren Gesang ab und verstand es, die Zuschauer durch eine kurze Ansprache zu beruhigen. Das Publikum verliess dann in Besonnenheit das Theater. Der Brand konnte nach kurzer Zeit gelöscht werden.

Falschgeld im Main. Spielende Kinder fanden in Frankfurt in dem Flussbett des Main eine grössere Anzahl Zweimark-Stücke. Dieser Aufsehen erregende Fund veranlasste Mehrere Erwachsene, den Kindern das Geld abzunehmen und im Flussbett weiter nach Münzen zu suchen. Das Frankfurter Polizeipräsidium stellte bald fest, dass der "Silberschatz" aus gefälschten Münzen bestand, liess durch einige Polizeibeamte das Flussbett absuchen und konnte mehr als 1 000 falsche Münzen sicherstellen lassen. Die Münzen waren von den Herstellern mit Wachs umgeben in Leinentuch gewickelt worden und sollten offenbar bei passender Gelegenheit verwertet werden.

Bauskandal in Köln. In einer Kölner Baugenossenschaft, die bereits seit 25 Jahren besteht, haben sich Unregelmässigkeiten herausgestellt, die dem vor zwei Jahren ausgeschiedenen Vorsitzenden des Genossenschaftsvorstandes zur Last gelegt werden. Nach vorläufigen Schätzungen soll der Beschuldigte Posten im Betrage von 50 000 Mark, die nicht zu Lasten der Baugenossenschaft hätten gehen dürfen, auf deren Konto verbucht haben.

Der dritte Stadtbankdirektor. In der Donnerstag-Sitzung des Berliner Sklare Prozesses wurde als Zeuge der frühere Stadtbankdirektor Schröder vernommen. Schröder war Leiter des Kreetkontrollbüros der Berliner Stadtbank zurzeit der Gewährung der Sklarek-Kredite. Der Vorsitzende hielt ihm vor, dass er sich seine Garderobe bei den Sklareks habe anfertigen lassen, während die Anzüge in Wirklichkeit bei der Masschneiderei Keller & Furch gemacht worden wären. Schröder, der sein Konto bei den Sklareks in Höhe von 1 800 Mark erst nach der Verhaftung der Angeklagten beglich, will diesen Tatbestand erst später erfahren haben. Schröder räumte auch ein, dass er bei den Sklareks gewettet und gewonnen habe. Er meinte jedoch, dass er seine Pflicht bei der Kreditkontrolle nicht vernachlässigt hätte. Gegen die Tätigkeit der Angeklagten Stadtbankdirektoren Hoffmann und Schmidt hat der Zeuge keinerlei Misstrauen gehegt. Allerdings besass Schröder kaufmännische Kenntnisse nur in beschränktem Masse.



Verteilt die Arbeit!

Notruf der Glasmacher.

SPD. 40 000 Glasarbeiter brauchen Arbeit! So ruft der "Keramische Bund", das Wochenblatt des freigewerkschaftlichen Industrieverbandes für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramik und Baustoffindustrie in die Arbeitsbeschaffungsdebatte. Von 90 000 einst in der Glasindustrie Beschäftigten haben 40 000 keinen Arbeitsplatz mehr. Sie stehen als Arbeitslose untätig vor den Fabrik-toren. Ganze Orte wie Rauscha, Brand-Erbisdorf, Radeberg, Porta, Stadthagen, Pirna, Giessbühl, Masserberg, Steinbach sind wirtschaftlich tot, weil die Hütte schliessen mussten. Unter den 40 000 Arbeitslosen der Glasindustrie sind viele qualifizierte Arbeitskräfte, deren Untätigsein volkswirtschaftliche Verluste von hohem Ausmass hervorruft. Dieser Zustand muss beseitigt werden. Zum mindesten muss neben der Arbeitsbeschaffung eine gerechtere Verteilung der Arbeitsmöglichkeiten, wie sie die Gewerkschaften fordern, herbeigeführt werden, wenn eine Katastrophe vermieden werden soll.

Am Jahresschluss 1931 waren bereits 52,1 % der Glasarbeiter ohne Arbeit und 18,9 % in Kurzarbeit. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit des Vorjahres betrug 42 % und die Kurzarbeit 11,5 %. Diese wenigen Ziffern zeigen erschreckend deutlich den Krisenzustand der Glasindustrie und das Arbeiterelend einer wichtigen Berufsgruppe.

Zu dieser Katastrophe trugen nicht nur die allgemeinen Krisenerscheinungen, sondern auch besondere Umstände bei. Die deutsche Glasindustrie musste nämlich 1931 ihre bisher führende Stellung auf dem Weltmarkt an die Vereinigten Staaten von Nordamerika abtreten. Zahlenmässig lässt sich das so ausdrücken: im Jahre 1913 hatte die deutsche Glasindustrie am Weltexport für Glas noch einen Anteil von 30 %, 1930 dagegen betrug dieser nur noch 23 %. Der Rückgang traf vor allem die einst führende deutsche Flaschenindustrie. Perner trug die Einrichtung von Glasfabriken in industriearmen Ländern zur rückläufigen Entwicklung des deutschen Glasexports bei. Vor allem aber machte sich die neue Zollschutzgesetzgebung in den Vereinigten Staaten vom Jahre 1930 und in England von 1931 verheerend bemerkbar. Als besondere Erschwerung des Exports kamen dann in den letzten Monaten die Valutaänderungen von 24 Staaten hinzu. Bei der Weisshohlglasindustrie, die zu 55 % ausfuhrabhängig ist, wirken sich die Zollmassnahmen und Valutaänderungen ganz besonders schlimm aus. In ihr geht die Betriebseinschränkung - abgesehen von den Betriebsstilllegungen - bis auf ein Drittel herunter.

Mechanisierung und Maschinisierung haben auch in der Glasindustrie zu einem guten Teil die Arbeitslosigkeit gesteigert. Erzeugungs- und Absatzmöglichkeiten klaffen weit auseinander. In der deutschen Flaschenindustrie sind drei Unternehmen produktionsbestimmend und die Kontingente reichen nicht entfernt dazu aus, die ganz modern ausgestalteten maschinellen Betriebe auszunutzen. Für die Tafelglas- und zum Teil auch für die Fassettenindustrie machte sich im Vorjahr der Ausfall auf dem Baumarkt sehr nachteilig bemerkbar. Eine kleine Anregung kam von der Möbelindustrie; sie konnte aber keinen vollen Ausgleich schaffen. Auch die Bleikristallindustrie wurde hart betroffen und hatte unter der Schwächung der Kaufkraft schwer zu leiden. Viele Betriebe dieses Industriezweiges im Riesen- und im Glazer Gebirge liegen schon seit

Jahren still und werden auch bei günstigeren Zeiten kaum noch die Kraft haben, ihre Tore wieder zu öffnen. Hilfsmassnahmen gegen unlauteren Wettbewerb und Hilferufe an die Landes- und Reichsregierung konnten den Niedergang nicht aufhalten. Die Fieberthermometer-Industrie Thüringens ging in diesem Jahr zum zweiten Mal dazu über, im stillen Einverständnis mit der Arbeiterschaft einen mehrwöchigen Produktionspause durchzuführen, um den Markt zu entlasten und dem unerhörten Preisdruck zu begegnen. Durchgreifende Hilfe kann natürlich auch eine solche Massnahme nicht bringen.

Wenn in einem Industriezweig Arbeitszeitverkürzung angebracht und notwendig ist, dann in der Glasindustrie. Die zuständige Organisation, der Keramische Bund im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, hat in dieser Hinsicht getan, was in seinen Kräften stand. Er erreichte in Genf, dass man jetzt an die internationale Regelung der Arbeitszeitverkürzung in der Tafelglasindustrie herangehen will. Die Arbeitszeitfrage der deutschen Glasindustrie aber wurde von Regierung und Unternehmern auf die lange Bank geschoben. Und doch handelt es sich hier um eine Angelegenheit, deren Erledigung nicht nur die Glasarbeiter und einige Konzerndirektoren, sondern die ganze Öffentlichkeit angeht. In der Glasindustrie muss unbedingt Raum für neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Das geht ohne besondere Belastung. Die Glasmacher verlangen eine gerechtere Verteilung der Arbeit. Wann wird ihrem Ruf endlich Rechnung getragen?

SPD. Der Gesamthaushalt der Reichsanstalt, der vom Verwaltungsrat einstimmig angenommen wurde, schliesst in Einnahme und Ausgabe mit rund 2,4 Milliarden Reichsmark ab. Aus den einleitenden Ausführungen des Präsidenten Dr. Szrup sei folgendes vermerkt:

Die im Sommer 1931 vorgenommene Schätzung für die Gestaltung des Arbeitsmarktes im Winter hat sich im wesentlichen als richtig erwiesen. Vermutlich wird der winterliche Höhepunkt dieses Jahres etwa bei 6½ Millionen Arbeitslosen liegen. Damit wird ein Jahresdurchschnitt von rund 4,8 Millionen erreicht. Durch die im Sommer gesammelten Ueberschüsse von etwa 105 Millionen müssen die Fehlbeträge Dezember 1931 bis März 1932 gedeckt werden. Für das neue Haushaltsjahr ist ein Jahresdurchschnitt von 5,6 Millionen Arbeitslosen zugrundegelegt. Der monatliche Durchschnittskopfsatz der Unterstützung ist mit Rücksicht auf die Herabsetzungen der Unterstützungsleistungen und den Rückgang der Löhne mit 53 Mark (bei der Gründung der Versicherung betrug er 81 Mark und im laufenden Rechnungsjahr 70,50 $\text{\textcent}$. Die Red.) angesetzt, einschliesslich 4,25 Mark für Krankenversicherung. Der Bedarf für die Arbeitslosenunterstützung beträgt danach 956 Millionen. Der Unterstützungsaufwand in der Krisenfürsorge erscheint unter den durchlaufenden Mitteln mit rund 1 200 Millionen. Die Beitragseinnahmen sind auf 6½ % mit 1 140 Millionen, also im Monatsdurchschnitt mit 95 Millionen angesetzt. Unter den Ausgaben sind erwähnenswert der Betrag für Kurzarbeiterunterstützung mit 72 Millionen, ferner 31 Millionen für Grundförderung von Notstandsarbeiten, 8,3 Millionen für Förderung der Arbeitsaufgaben, wovon etwa 3 Millionen zu Schulungsmassnahmen für Jugendliche kommen, schliesslich 16 Millionen zur Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Die reinen Verwaltungskosten, die im Vorjahr 3,9 % des Gesamtaufwandes betrugen, sind im neuen Haushalt entsprechend eingesetzt worden.

17 Millionen Arbeitsgesuche, 3,5 Millionen Vermittlungen und 13 Millionen Anträge auf Unterstützung wurden von den Arbeitsämtern durchgeführt. Allein an Unterstützungen wurden in jedem Monat 12,5 Millionen einzelne Zahlungen überwiegend in Hartgeld geleistet, gebucht und abgerechnet. Die Massnahmen der Reichsregierung auf dem Gebiet der Arbeitslosenhilfe liessen sich durch den einheitlichen Verwaltungskörper der Reichsanstalt rasch und zuverlässig durchführen. Die ausserordentliche Arbeitsleistung des Personals fand die allgemeine Anerkennung des Verwaltungsrates.

Zu der Neufestsetzung des Durchschnittsunterstützungsbetrages pro Kopf und Monat auf 53 % ist noch ein Wort zu sagen: Dieser neue Satz bedeutet gegenüber dem Ausgangspunkt der Unterstützung bei Schaffung der Arbeitslosenversicherung eine Senkung um 35 Prozent. Man muss das gerade jetzt betonen, weil die unberufenen Arbeitslosenkommisare und -reformer wie Herr Goderler schon wieder eine neue Senkung der Unterstützung verlangen.

Beachtenswert ist auch die Erhöhung des für die Kurzarbeiterunterstützung vorgesehenen Etatpostens um rund zwei Fünftel. Das zeigt recht deutlich, dass die Regierung mit einer neuen starken Zunahme der Kurzarbeit rechnet. Es werden also immer mehr Arbeitskräfte von der Lohnsenkung der Notverordnung doppelt schwer betroffen werden, da die gekürzten Stundenlohnsätze nun auch noch nur für drei Tage gezahlt werden.

SPD. Das Organ der Volkskonservativen, "Volkskonservative Stimmen", beschäftigt sich seit einiger Zeit mit dem Plan, Streckenunterhaltungsarbeiter der Reichsbahn auf Gärtnerstellen anzusiedeln und durch Einführung von Kurzarbeit gleichzeitig den Arbeitsmarkt und die Wohlfahrtsetats der Gemeinden zu entlasten. Angeblich unterstützen "einflussreiche Stellen der Wirtschaft und des Siedlungswesens" und vor allem das Reichsverkehrsministerium diesen Plan, während der Reichsbahngesellschaft der Vorwurf gemacht wird, sie schenke dem Siedlungsplan nicht genügend Beachtung.

Hierzu wird uns aus Eisenbahnerkreisen geschrieben: Wir können uns denken, dass die Reichsbahngesellschaft mit Vergnügen nach diesem feinen Plan greifen würde, wenn er mehr Sachkenntnis aufwiese und den Bedürfnissen der Reichsbahn Rechnung trüge. Jeder Sachverständige weiss, dass gerade die Bahnunterhaltungsarbeit hauptsächlich in der Zeit von April bis Oktober geleistet werden muss. Ausserdem dürfte auch den "einflussreichen Stellen der Wirtschaft und des Siedlungswesens" und besonders dem Reichsverkehrsministerium bekannt sein, dass die Reichsbahngesellschaft bisher gerade in der Hauptbeschäftigungszeit auf die 9-stündige Arbeitszeit den grössten Wert legte und Kurzarbeit nur in den Monaten Dezember bis Februar durchführte. Der Plan läuft im Endziel darauf hinaus, billige, an die Scholle gefesselte Arbeitskräfte zu haben, "die neben den Erträgen ihres Gartens aus irgendeinem Erwerb gewisse Bareinkünfte erhalten". Anscheinend betrachtet man gerade die schlecht bezahltesten Eisenbahnarbeiter als geeignete Objekte für eine neue Art von Ausbeutung auf dem Umweg über die Siedlung. Die Eisenbahner bedanken sich für diese volkskonservative Zumutung.

Die Eisenbahner-Gewerkschaften haben der Reichsbahn-Hauptverwaltung bereits mehrfach wirklich sachverständige Vorschläge für Arbeitsbeschaffung und gerechte Verteilung der Lasten aus der Wirtschaftskrise unterbreitet. Die Hauptverwaltung hat diesen Vorschlägen bisher nicht genügend Rechnung getragen. Es wäre deshalb an der Zeit, dass die Reichsregierung den Vorschlägen der Eisenbahner-Gewerkschaften den notwendigen Nachdruck verschafft.

SPD. Die Vereinigten Westdeutschen Waggonfabriken in Köln haben aus dem Zusatzauftrag der Deutschen Reichsbahngesellschaft in Höhe von etwa 30 Millionen Mark einen Auftrag von 6 Millionen Mark erhalten. Damit dürfte die Gesellschaft auf etwa 3 bis 4 Monate Beschäftigung haben. Durch Wiedereinstellung von Arbeitern wird sich die Belegschaft in nächster Zeit auf etwa 1 500 bis 1 800 Arbeiter erhöhen.

Und Südafrika?

Wird das Goldland den Goldnimbus aufgeben?

SPD. In dem Streit um die Goldwährung spielt Südafrika eine wichtige Rolle. Nicht allein als das Land, das an der Goldwährung festgehalten hat, während das Mutterland, eben England, die Goldwährung aufgab. Schwerwiegend müssten vor allem die psychologischen Wirkungen sein, wenn Südafrika dem Beispiel Englands folgte. Südafrika ist eben das Land, aus dem die Hälfte der Weltgoldproduktion stammt. Mit Südafrika hätte sich das Goldland von der Goldwährung getrennt.

Während des Krieges hat Südafrika gemeinsam mit England die Goldeinlösungspflicht aufgehoben. Im Jahre 1925 kehrte man gemeinsam mit England zur Goldwährung zurück. Es ist schon erklärlich, dass grosse Gruppen in Südafrika auch dieses Mal mit England gehen wollen. Demgegenüber betont die Regierung der südafrikanischen Union, vor allem Ministerpräsident Hertzog, dass sie unbedingt an der Goldwährung festhalten wolle. Aber man experimentiert auch in Südafrika. Die Regierung hat der Kammer einen Gesetzentwurf zugeleitet, der die Bildung eines Ausschusses vorsieht, von welchem die Frage der Aufrechterhaltung der Goldwährung geprüft werden soll. Die Interessenten sehen darin ein erstes Zurückweichen der Regierung und eine Annäherung an eine Entwicklung, die sich bereits in England vollzogen hat.

Mag eine derartige Auslegung nun auch voreilig und voreingenommen sein, so ist doch nicht zu verkennen, dass der Druck mächtiger und einflussreicher Interessentenkreise auf die Regierung, den Goldstandard aufzugeben, immer stärker wird. Am heftigsten drängt die Landwirtschaft darauf, da sie einerseits bei der Ausfuhr ihrer Erzeugnisse, die in der Hauptsache nach Grossbritannien gehen, durch die Entwertung des Pfundes grossen Schaden erleidet, und da sie andererseits auch auf dem inneren Markt, besonders beim Absatz von Rindvieh und Molkereiprodukten, durch die Konkurrenz derjenigen Länder, die die Pfundentwertung mitgemacht haben, in zunehmendem Masse bedroht wird. Auch die Industrie der Südafrikanischen Union (Wolle) hat unter der Konkurrenz dieser Länder (Australien usw.) zu leiden, die sämtlich durch die Entwertung ihrer Währungen einen Vorsprung vor der Industrie der Union erlangt haben. Infolgedessen steht auch die Industrie auf der Seite derjenigen, die eine Aufgabe der Goldwährung verlangen.

Durchaus nicht so eindeutig ist die Stellung des Goldbergbaus zur Goldwährungsfrage, obgleich er bei der Entscheidung entsprechend der wichtigen Stellung, die er in der Gesamtwirtschaft des Landes einnimmt, ein bedeutsames Wort mitzureden haben wird. Der Anteil der Goldausfuhr an der Gesamtausfuhr der Union stieg von 52 % in den ersten zehn Monaten des Jahres 1929 auf 60 % im Jahre 1930 und 67 % im Jahre 1931. An sich brauchte der Goldbergbau im Gegensatz zu den anderen Industrien aus Exportgründen nicht die Aufgabe der Goldwährung im eigenen Lande zu verlangen, da sein Erzeugnis, das Gold, keine Konkurrenz bei der Ausfuhr zu fürchten hat und solange jederzeit zu einem festen Preis abgenommen wird, wie überhaupt noch ein einziges Land die Goldwährung aufrecht erhält. Durch die Aufgabe der Goldwährung in der Union würde jedoch die Rentabilität der Goldproduktion in viel stärkerem Masse erhöht werden als die Rentabilität der übrigen Warenproduktion. In diesem Falle würde nämlich

der Goldpreis in genau dem gleichen Masse steigen müssen, wie sich die Währung des Landes entwertet. Andererseits würden die Produktionskosten des Goldes (Löhne) sich nicht so stark erhöhen, wie der Goldpreis steigen würde; diese Senkung der Goldproduktionskosten würde nicht nur die Rentabilität des Goldbergbaus in denjenigen Gruben erhöhen, die gegenwärtig in Betrieb sind, sondern auch die Ausbeutung von Erzen mit geringerem Goldgehalt lohnend machen, wodurch eine Steigerung der Goldproduktion erzielt werden könnte.

Soweit also liegt das Interesse des Goldbergbaus der Union an einer Preisgabe der Goldwährung im eigenen Lande klar auf der Hand. Nur ist das Profitinteresse nicht der einzige Faktor, den der südafrikanische Goldbergbau bei seiner Entscheidung berücksichtigen muss. Er hat das allergrösste Interesse daran, dass der Nimbus des Goldes als Währungsmetall erhalten bleibt; denn die Entthronung des Goldes als Währungsmetall würde den völligen Ruin des Goldbergbaus bedeuten. Es ist psychologisch begreiflich, dass schon das Abrücken eines Landes von der wirtschaftlichen Bedeutung Englands von der Goldwährung den Nimbus dieses Währungssystems in den Augen der ganzen Welt ein wenig beeinträchtigt hat und dass die Argumente der Anhänger eines goldlosen Währungssystems an Durchschlagskraft gewinnen, je mehr Länder sich ohne Goldwährung behelfen. Wenn nun das grösste Goldproduktionsland der Welt sich auch zu ihnen gesellen würde, so könnte die psychologische Wirkung dieser Tatsache möglicherweise eine für die grösste und wichtigste Produktion des Goldlandes selber höchst unerwünschte sein. Der südafrikanische Goldbergbau befindet sich also in einem Konflikt zwischen Profitinteresse, das ihn zur Aufgabe der Goldwährung drängen müsste, und seinem Interesse an der Aufrechterhaltung des Goldes als Weltwährung, das ihm das Festhalten an der Goldwährung gebietet und ihm zum mindestens eine vorsichtige und zurückhaltende Stellungnahme auferlegt. Hierin ist wohl auch der tiefere Grund zu suchen, dass die Interessen der übrigen grossen Produktionsgruppen in der südafrikanischen Union, die sämtlich in der Richtung der Aufgabe der Goldwährung drängen, sich bisher noch nicht völlig durchsetzen konnten.

SPD. Von den rund 3 Millionen Haushaltungen, die in den Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zusammengeschlossen sind dürften gegenwärtig mehr als 2 Millionen von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit heimgesucht sein. Dass sich das auf die Entwicklung der Konsumgenossenschaften auswirken muss, versteht sich von selbst. Immerhin kann man sagen, dass die Konsumgenossenschaften starke Widerstandsfähigkeit gegen die Krisenauswirkungen an den Tag legen. Das zeigt auch der Abschluss für das vierte Quartal 1931. Die Entwicklung geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

	<u>1.Vierteljahr.</u> <u>1931</u>	<u>2.Viertelj.</u> <u>1931</u>	<u>3.Viertlj.</u> <u>1931</u>	<u>4.Viertelj.</u> <u>1931</u>
Zahl der Mitglieder	2 989 135	2 930 193	2 924 043	2 938 445
Durchschnittsumsatz je Mitglied in Mark	85,94	89,28	86,05	85,89
Spareinlagen in Millionen Mark	409,55	405,44	360,07	317,25
Rücklagen aller Art in Millionen Mark	65,40	64,73	65,35	66,09
Giro- und Bankeinlagen beider Grosseinkaufs= gesellschaft deutscher Konsumvereine in Milli= onen Mark	148,21	149,66	124,39	93,41
Die Mitgliederzahl der Konsumgenossenschaften ist also gewachsen und dürf				

te, wenn man die Mitgliedschaften der Vereine unter 400 Mitgliedern berücksichtigt, mehr als 3 Millionen betragen. Die finanzielle Anspannung erklärt sich durch die Sparerpanik, die ja auch die Konsumgenossenschaftlichen Sparer nicht schonte, und die die Konsumgenossenschaften zwang, von ihren Einlagen bei der Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine erhebliche Mittel flüssig zu machen, um den Anforderungen der sparenden Konsumgenossenschaftler Rechnung zu tragen. Die Verluste an Spareinlagen bei den Genossenschaften machten im zweiten Vierteljahr 1931 nur 4,11 Millionen Mark aus (im Vorjahr Zuwachs von 12,97 Millionen), im dritten Vierteljahr 45,36 Millionen (im Vorjahr Zuwachs von 11,99 Millionen) und im vierten Vierteljahr 42,82 Millionen (im vorigen Jahr Verluste von 8,94 Millionen Mark.)

Ueber den Umsatz berichtet folgende Zusammenstellung:

	4.Vierteljahr. 1930	3.Vierteljahr 1931	4.Vierteljahr 1931
Gesamtumsatz in Millionen Mark	312,80	251,62	252,38
Umsatz der Grosseinkaufsges. in Mill. Mark	130,04	114,11	107,63
Umsatz der Grosseinkaufsges. im Verhältnis zum Konsumgenossenschaftlichen Umsatz	41,57 %	45,35 %	42,65 %
Umsatz der Eigenbetriebe der Grosseinkaufsges. in Millionen Mark	38,55	40,51	38,16
Verhältnis der Grosseinkaufsges. Eigenbetriebe zum Konsumgenossenschaftlichen Umsatz	12,32 %	16,09 %	15,12 %

Im Verhältnis zur gleichen Zeit des Vorjahres sank der Umsatz der Konsumgenossenschaften im Jahre 1931 um 10 Millionen Mark im ersten Vierteljahr, um 29 Millionen Mark im zweiten Vierteljahr, um 40 Millionen Mark im dritten Vierteljahr und um 61 Millionen Mark im vierten Vierteljahr 1931. Der gesamte Umsatzrückgang der Konsumgenossenschaften stellt sich für das Jahr 1931 auf 160 Millionen Mark = 13,5 Prozent. Natürlich muss man hier berücksichtigen, dass der mengenmässige Umsatz infolge der Preissenkungen höher liegt.

SPD. In den Einnahmen und Ausgaben des Reiches ergibt sich für das laufende Rechnungsjahr bis Ende Dezember 1931, also für die Zeit von April bis Dezember 1931, ein Gesamtfehlbetrag von fast 1 190 Millionen Mark. Im ordentlichen Haushalt wird für den Monat Dezember ein Ueberschuss von 91,7 Millionen Mark nachgewiesen, im ausserordentlichen Haushalt ein Defizit von 4,7 Millionen Mark. Insgesamt stellt sich im ordentlichen Haushalt für die Zeit von April bis Dezember 1931 bei 6 562,6 Millionen Mark Einnahmen und 6 557,7 Millionen Ausgaben der Fehlbetrag auf 95,1 Mill. Mark. Der Fehlbetrag aus dem Vorjahr wird mit 1 030,5 Millionen Mark angegeben. Er verringert sich durch die Schuldentilgung auf 715,5 Mill. Mark. Mithin war im ordentlichen Haushalt Ende Dezember 31 ein Defizit von 810,5 Millionen Mark vorhanden.-

Das Defizit im ausserordentlichen Haushalt stellt sich für Ende Dezember auf 115,3 Millionen Mark. Dazu tritt ein Defizit in Höhe von 261,4 Millionen Mark aus den Vorjahren.

Amerikahausse: Roggen 200 Mark.

(Berliner Getreidebörse vom 18. Februar.)

SPD. Die feste Tendenz des Mittwoch fand auch am Donnerstag an der Berliner Produktenbörse ihre Fortsetzung; die Aufwärtsbewegung der Preise hielt an. Namentlich für Weizen herrschte ausserordentlich feste Stimmung. Das Angebot war ausserst spärlich, während die Mühlen und Händler bestrebt waren, den laufenden Bedarf einzudecken. Infolgedessen gingen die Preise für effektive Ware um 2 Mark in die Höhe, während am Markte der Zeitgeschäfte Preissteigerungen von 2 bis 3 Mark zu verzeichnen waren. Roggen war ausserordentlich knapp angeboten, sodass die Mühlen wieder in der Hauptsache auf russische Ware angewiesen waren. Auch hier zogen die Lokonotierungen um 2 Mark an, während am Markte der Zeitgeschäfte die Kurse nur um etwa $\frac{1}{2}$ Mark in die Höhe gingen. Für Mehl waren die Forderungen der Mühlen um mindestens 25 Pfennig je Sack erhöht. Die Käufer hielten sich jedoch ausserordentlich zurück und lediglich der notwendigste Tagesbedarf wurde eingedeckt. Hafer war gleichfalls fester veranlagt und wurde zu steigenden Preisen angeboten. Auch hier gingen die Käufer nur vorsichtig vor.

	<u>17. Febr.</u>	<u>18. Febr.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	248 - 250	250 - 252
Roggen	198 - 200	200 - 202
Braugerste	162 - 169	163 - 170
Futter- und Industriergerste	154 - 158	155 - 160
Hafer	146 - 153	146 - 153
Weizenmehl	30,25 - 34,25	30,50 - 34,50
Roggenmehl	28,00 - 29,75	28,10 - 29,75
Weizenkleie	9,60 - 9,90	9,60 - 9,90
Roggenkleie	9,65 - 9,90	9,65 - 9,90.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 263 $\frac{1}{2}$ -263 $\frac{1}{2}$ (Vortag 260 $\frac{1}{2}$), Mai 272 (270), Roggen 205 $\frac{1}{2}$ und Geld (205), Mai 213 (212 $\frac{1}{2}$), Hafer März 160 $\frac{1}{2}$ -162 $\frac{1}{2}$ -162 (159 $\frac{1}{2}$), Mai 169 $\frac{1}{2}$ -170 $\frac{1}{2}$ (167 $\frac{1}{2}$).

Ämtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. Festgestellt von der ämtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 18. Februar. A. Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische gestempelte über 65 gr 8,75, über 60 gr 7,75, über 53 gr 6,75, über 48 gr 6,25, aussortierte, kleine und Schmutzeier 5 - 5,50. B. Auslands Eier: Dänen 18er 8,75, 17er 8, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 6,50-6,75, leichtere 5,75-6,25, Holländer 60-62 gr 7-7,50, Belgier 57-58 gr 6,75 - 7, Rumänen 5,75 - 6,50, Ungarn 6,50, Jugoslawen 6,50. Kleine, Mittel- und Schmutzeier 5. C. In- und ausländische Kühlhauseier: Chinesen und ähnliche 4,25 - 5,50, Die Preise verstehen sich in Rpf je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbezieher und Eiergrosshändler ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: schön; Tendenz: matt.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S . P . D

Nr. 14.

Berlin, den 18. Februar 1932

Bratenduft im "Dritten Reich".^x

SPD. Mehr als jemals zuvor versuchen die Nationalsozialisten, in Stadt und Land eine geradezu pathologische Propaganda nicht nur für das kommende "Dritte Reich", zu entfalten, sondern auch für die Wiederkehr einer romantisch umgefärbten und idealisierten Vergangenheit, in der die bösen "Marxisten" noch nichts zu sagen hatten. Die Zeiten der Feudalherrschaft, in der auch der einfachste Tagelöhner und Landarbeiter samt Frau und Kind unter dem "Schutz" eines mächtigen, vermögenden Herrn stand, der ihm "wohlwollte", ihn auch in Not und Krankheit nicht im Stiche liess, der ihm jederzeit Arbeit zuwies - ja, ist das nicht tatsächlich eine geradezu ideale Zeit gewesen, die man sich schleunigst wieder zurückwünschen müsste? Riecht man nicht schon den Bratenduft, der aus dem Topfe aufstieg, in dem bekanntlich nicht nur in Frankreich, sondern auch im lieben Deutschland jeder Bauer und Handwerker, der während der Woche sein Tagewerk getreu erfüllt hatte, sein Sonntagshuhn schmoren konnte?

Was kann es also Schöneres geben, als in alten Pergamenten und Akten zu blättern und sich diese herrliche Zeit des sonntäglichen Bratenduftes wieder vor die Seele und den knurrenden Magen zu zaubern? Schlagen wir zunächst einmal ein Buch aus dem Jahre 1653 auf, das im Heimatmuseum eines kleinen preussischen Städtchens aufliegt! Es behandelt Prozesse aller Art, Gerichtsverfahren, Rechtshandel, die zu jener Zeit geführt und entschieden wurden. Greifen wir also einen Fall heraus! Es handelt sich darum, dass verschiedene Bauern der Umgegend ihre Herren bei Hofe verklagt hatten, weil diese ihnen unrecht getan, sie bedrückt und gequält, ihnen das geringe Deputat verenthalteten und sie geprügelt hatten. "Wie schön, dass die armen Bauern in jener Zeit sich schon zu helfen wussten gegen diese Uebergriffe", denkt man gerührt, "dass es eine Obrigkeit gab, die sich dieser Leibeigenen annahm!" Aber die Rührung verfliegt sehr schnell, wenn man weiterliest und schliesslich das Endergebnis zur Kenntnis nimmt: "Zum zweiundzwanzigsten, der Beschwerde halber, dass die Ritterschaft oftmals von ihren Pauern gegen Hofe verklaget und in Unkosten geführt werden, soll es dermassen zum Abschaffen des liederlichen klagens (!) gehalten werden: Wo ein Pauer seine Herrschaft gegen Hofe verklaget und seine Klag nicht genugsam ausführen würde, soll er, vermöge Unserer Kammergerichtsreform, mit dem Turme gestraffet (!) werden, damit andere sich dergleichen mutwilligen Klagens (!!) enthalten." - Dieser Beschluss, der mit Sicherheit verhüten wollte, dass die Ritter als schuldiger Teil "in Unkosten geführt werden", ist natürlich nichts weiter als eine offene Drohung. Denn welcher Bauer hätte fortan noch den Mut aufbringen mögen, in einem Fall, in dem das Recht auch noch so klar auf seiner Seite lag, den Ritter zu verklagen, wenn seine Lage dadurch noch verschlechtert wurde und er obendrein in den Turm gesperrt wurde! Was verstand der in juristischen Spitzfindigkeiten völlig unerfahrene Bauer von Prozessführung und von der Art, die Klage "genugsam auszuführen"? Dass unter solchen Umständen der Ritter Sieger und der Bauer der arme, geprellte Leibeigene blieb, ist selbstverständlich.

Aber vielleicht war es 100 Jahre später schon besser! Schlagen wir also einen Band Akten aus dem Jahre 1738 bis 1744 auf! Ein junger Bauer, Untertan eines Grossgrundbesitzers, will 1738 sein Dorf verlassen. Das ist jedoch nicht so einfach. Zunächst gibt es endlose Laufereien und Scherereien, denn der Herr

will die Erlaubnis nicht geben. Endlich ist es so weit. Aber der "arme" Grossgrundbesitzer kann seinen Untertan doch unmöglich umsonst ziehen lassen, d. für ihn ist der Bauer eine Ware wie der Soldat für verschiedene deutsche - = sten jener Zeit. Also muss der Bauer sich, laut Gesetz, "loskaufen": Zehn Reichstaler muss er für sich selbst, fünf Reichstaler für die "Weibsperson", seine Frau, zahlen - erst dann ist der Weg unter die Fittiche einer "fremden Herrschaft", auch wenn sie kaum eine Stunde entfernt wohnt, frei! - Ja, es war zweifellos ein ganz besonderes Vergnügen, zur Zeit der Feudalherrschaft zu leben!

Blättern wir weiter: Da ist ein ausführlicher Prozessbericht aus dem Jahre 1744. Ein Knecht ist seit acht Jahren mit einer Magd verlobt und will sie nun heiraten. Doch da tritt ein Grossgrundbesitzer auf und gibt an, das junge Mädchen sei innerhalb seiner Pfarre getauft worden, also seine Untertanin! Er gebe nur dann seine Erlaubnis zur Heirat, wenn der Knecht in seine Dienste trete und sein Untertan werde! Der Knecht weigert sich, denn er empfindet mit Recht das Willkürliche und Eigenmächtige dieser Handlungsweise als schweren Uebergriff. Der Gutsbesitzer sperrt den Knecht aus eigener Machtvollkommenheit in Arrest, um ihn müde zu machen, lässt ihn dann jedoch frei, als er das Vergebliche seiner Zwangsmassnahme erkennt, und begnügt sich mit der Drohung, er werde, falls der Gerichtsbeschluss zu seinen Ungunsten ausfalle, die Magd ins Sächsische bringen lassen, wo sie dem Zugriff preussischer Justiz für immer entzogen sei. Nun beginnt ein langes Prozessieren. Das Gericht erklärt sich schliesslich für nicht zuständig und verweist den Knecht an eine andere Behörde. Leider ist uns der Ausgang des Prozesses nicht überliefert. Aber vielleicht gab es überhaupt kein endgültiges Urteil, und die Sache wurde so lange verschleppt, bis das junge Mädchen und der Knecht so müde und hoffnungslos geworden waren, dass sie sich dem Gutsbesitzer unterwarfen.

Das ist nur eine verschwindend kleine Blütenlese aus der Zeit, als es noch keine bösen "Marxisten" gab, aus den Jahrhunderten, die der Nationalsozialismus wieder zu neuem Leben erwecken will. Durch unbedingten Gehorsam, Untertänigkeit Befehlsgewalt - alles das, was der Bauer und der Angestellte, der Arbeiter und der Handwerker in jahrelangem, schwerem Ringen wenigstens in den schlimmsten Auswüchsen von sich abgewehrt haben - will der Nationalsozialismus mit Hilfe der einst Bevorrechteten, der Grossgrundbesitzer, der abgebauten Fürsten und pensionierten Genräle, der grossen Unternehmer und Schwerverdiener das Volk erneut knuten und rechtlos machen. Von dem Bratendufte des Huhns, das der Bauer im "Dritten Reich" in seinem Topfe schmoren wird, melden die Akten nichts! Wohl aber riechen alle aufgeklärten, klar sehenden Männer und Frauen den angebrannten Braten, den ihnen die Nazis servieren wollen, nachdem sie das Volk genügend an der Nase herumgeführt haben.

E.M.

----- Der grosse Wunsch.X -----

SPD. Seit Jahren war es Käte Meisters grösster Wunsch, einmal ins Gebirge reisen zu können. Ein stets unerfüllter Wunsch, gewiss; aber gerade dieses Nichterfülltwerden bewirkte, dass sie sich nur umso fester an die Hoffnung klammerte, einmal ein einziges Mal müsste dieser Traum Wahrheit werden. Sie war ja so bescheiden. Sie wollte garnicht in einem der grossen Hotels wohnen, in denen das billigste Zimmer 10 Mark, das teuerste Appartement 150 bis 200 Mark den Tag kostete. Nein, sie wäre schon damit zufrieden gewesen, in einer billigen Pension, im Häuschen eines Einheimischen zu wohnen; ohne alle Komfort, ohne fliessendes Wasser, ohne Zimmermädchen, ohne Table d'hôte, ohne 5-Uhr-Tee mit befrackter Kannele - nur in den Bergen sein, denen ihre grosse unerfüllte Sehne

sucht gehörte, und Abends im Zimmer eines solchen kleinen, geduckten Hauses sitzen zu können, von denen man nichts in den Prospekten las. Ueberhaupt die Prospekte! Sie waren ihr ein und alles, diese kleinen, mehr oder weniger elegant hergerichteten, farbig illustrierten Heftchen, die von den Reisebüros gratis ausgegeben wurden. Aus dem Texte dieser Hefte zog ihre Phantasie die Nahrung, spannen sich Nachts glückliche, gelöste Träume in ihren Schlaf - aus den Bildern, die sich auf jeder Seite befanden, schöpfte sie ihr Wissen um die vielfache berauschende oder erhabene Schönheit des "Draussen", der Ferner - und nur manchmal überfiel sie mit niederdrückender Schwere die Gewissheit, dass sie wahrscheinlich niemals die Zugspitze, der ihre ganze Sehnsucht galt, sehen würde; dass sie niemals über ihre steinigen Halden klettern, niemals mit der Seil-schwebbahn aus ihren Gipfel gelangen würde. O nein, die Aussichten waren schlecht und wurden von Jahr zu Jahr schlechter. Manchmal, wenn Käte Meister auf dem Wege ins Geschäft von den steilen Hängen des Berges träumte, hob sie in plötzlichem Erwachen den Blick zu den senkrechten Wänden der grauen Häuserschlucht empor, durch die sie gerade ging. "Hier sind auch Steine", dachte sie bedrückt, "aber der Himmel ist grau und rauchig, die Luft ist von Staub und Benzingeruch verunreinigt, die Menschen sind gehetzt und vergrämt. - Wenn man doch nur einmal acht oder vierzehn Tage heraus könnte, nichts von allem sehen, an nichts denken müsste, nur wunschlos und zufrieden sein dürfte!"

Käte Meister war vierzehn Jahre alt, als sie ihre Stellung bei Schimansky & Co., Wollwaren engros und endetail, antrat. Zuerst als Lehrling. Als die drei Jahre ihrer Lehrzeit vergangen waren, blieb sie an der gleichen Schreibmaschine sitzen. Der einzige Unterschied war, dass sie jetzt statt vierzig Mark ein Monatsgehalt von neunzig Mark bezog und ausserdem Ueberstunden machen musste, von denen sie als Lehrling verschont geblieben war. Und es wurde viel Ueberarbeit geleistet! Von 5 Uhr an, wenn offiziell Geschäftsschluss war, bis 8 bis 10, manchmal bis 11 Uhr. Schimansky & Co. verfügten über ein vorzüglich funktionierendes System der Antreiberei und Ausbeutung, mit dessen Hilfe sie täglich alle vorhandene geistige und körperliche Spannkraft ihrer Angestellten bis zum letzten Rest herauszuholen verstanden. Wer nach Beendigung eines solchen langen Arbeitstages (und diese Tage waren häufig, denn die Firma vermochte auf Grund der niedrigen Gehälter und ihres "Systems" zu konkurrenzlos niedrigen Preisen zu liefern) das Geschäft verliess, das waren erschöpfte, überreizte Menschen, die nur einen Wunsch hatten: schnell nach Hause und ins Bett! Schlafen, Kräfte sammeln für den nächsten Tag, um nicht zusammenzubrechen bei der Hetzjagd. Wer länger als sechs Tage fehlte wurde entlassen; das war bei Schimansky & Co. Prinzip.

Käte war gerade 19 Jahre alt geworden, als der Arzt eine Erkrankung der Lunge bei ihr feststellte. Der Grund dafür war leicht zu finden: ihre ohnedies kleine Gehalt war infolge der verschiedenen Abbaumassnahmen auf 75 Mark im Monat zusammengeschrumpft, und bei 75 Mark musste sie auf vieles verzichten, was doch unbedingt notwendig war, um dem überanstrengten, geschwächten Körper die nötige Kraft zuzuführen. Käte schlief mit drei Geschwistern in einem engen, dunklen Hofzimmer. Während ihres Urlaubs konnte sie nicht verreisen, um sich zu erholen; sie musste zu Hause bleiben und konnte sich nur selten den Luxus eines sonntäglichen Ausflugs leisten, weil die Mark Fahrgeld an anderer Stelle doppelt nötig gebraucht wurde - und dazu noch das immer ärgere Gehetze im Geschäft...

Ein Vierteljahr hielt sie es trotz der dringenden Warnungen des Arztes noch aus. Dann klappte sie zusammen. Still und blass lag sie auf der Bahre im Krankenauto; unauffällig, ein ausgemergelter, kraftloser Mensch, lag sie später in dem weisslackierten Metallbett des Krankenhauses. Als acht Tage darauf ihre Eltern sie besuchten, fragte sie leise: "Ist meine Kündigung gekommen?" Ihre Mutter nickte hilflos. Sie hatten es Käte zuerst verheimlichen wollen, aber was hatte das für Zweck? Sie rechnete doch selbst damit; sie kannte ja das Entlassungsprinzip der Firma Schimansky & Co., von dem unter

keinen Umständen abgegangen wurde. - Draussen warteten ja so viele frische, unverbrauchte Kräfte - Millionen -, die darauf brannten, arbeiten zu können, die für jedes Geld arbeiteten, wenn nur ein Platz frei wurde.

Nach drei Monaten verliess Käte Meister das Krankenhaus und wurde in eine Lungenheilstätte verschickt. Nun war ihr Wunsch, den sie so lange mit sich herumgetragen hatte, endlich wenigstens teilweise in Erfüllung gegangen: sie war im Gebirge. Wenn auch nicht im Hochgebirge, so doch im freundlichen, bewaldeten, schlesischen Mittelgebirge. Die Berge reckten sich von der Talsohle an fünf- bis sechshundert Meter empor, und waren bis oben hin mit dunklen, grünen Fichten und Tannen bestanden. Die Luft atmete sich leicht und klar in die kranke Lunge, der Himmel stand hoch und blau über den Bergen, und alles war frei, leicht und gelöst. Wenn Käte auf ihrem Liegestuhl ausgestreckt mit geschlossenen Augen vor sich hin träumte, meinte sie manchmal, nun müsste sich ihr auch der eine, letzte, grosse Wunsch erfüllen, und sie müsste beim Erwachen den wolkenhohen Gipfel der Zugspitze vor sich sehen.

Jetzt hatte sie alles, was sie früher so nötig gebraucht hätte: Ruhe, Pflege, Luft, Sonne - aber es kam zu spät. Die Krankheit war nicht mehr aufzuhalten. Als sie nach Ablauf ihrer Kurzeit wieder in die Stadt zurückreiste, schien es zwar, als wäre eine Besserung in ihrem Befinden eingetreten. Doch bald nach ihrer Rückkehr zeigte es sich, dass die Kur erfolglos geblieben war. Die paar Mark Arbeitslosenunterstützung, die Käte bekam, reichten nur zum Notwendigsten; an gute Pflege, die sie so dringend brauchte, war nicht zu denken. Wenige Wochen später wurde sie wieder bettlägerig.

Durch ihren Bruder liess sie sich vom Reisebüro neue Prospekte besorgen. Heftchen mit farbigen Bildern vom Karwendel- und Wettersteingebirge, mit der Zugspitze... In Gedanken beging sie alle Wege, machte die beschriebenen Aufstiege mit, stand auf dem Gipfel, fast 3000 Meter hoch. Sie war eine geduldige Kranke, die zufrieden war, wenn man sie mit ihren Prospekten, von denen sie bald jedes Wort auswendig kannte, allein liess. Wenige Zeit später starb sie. Der Schmerz ihrer Eltern und Geschwister dauerte einige Tage, bis er verdrängt wurde von den immer härter werdenden Sorgen und Forderungen des Existenzkampfes. Die farbig illustrierten Heftchen lagen noch eine Zeitlang in der Wohnung umher. Dann wurden sie zerrissen und verbrannt. Uebrig blieb nichts als ein kleines Häufchen Asche, ähnlich derjenigen, die in der Blechkapsel auf Grabstelle 654 (Käte Meister) des Urnenfriedhofs beigesetzt ist.

Walter Schirmeier.

Krankenbesuche.

SPD. Bei vielen Leuten gehört der Krankenbesuch zu den gesellschaftlichen Pflichten, die man wohl oder übel auf sich nimmt, um in jeder Beziehung den Anforderungen des guten Tons zu genügen. Bei anderen Krankenbesucher ist die Neugier die Triebfeder, die zu dem sonst nicht so leicht zugänglichen Einblick in die intimeren Gemäcker der Familie und ihrer privaten Lebensweise anreizt. Oft genug lockt auch das Krönlein der Nächstenliebe, das einem beim Krankenbesuch so besonders gut ansteht.

Alle diese Beweggründe sollte man von vornherein ausschalten, denn es gilt, einen Krankenbesuch zu machen. Sinn und Zweck hat er immer nur dort, wo mit dem Besuch wirklich Freude, Trost und Erleichterung ins Krankenzimmer getragen wird. Deshalb sollten Besuche bei Schwerkranken von Fernerstehenden ganz unterbleiben, weil die Apathie des Kranken jede Möglichkeit, Trost und Freude aufzunehmen, ausschaltet. Wenn sich die Lebensgeister des Genesenden langsam wieder regen und sich bei dem noch ans Bett Gefesselten Langeweile einstellt, dann ist der rechte Zeitpunkt für Besuche gekommen. Man wählt für

für den Besuch eine Nachmittagsstunde, am besten die Mitte zwischen Kaffeestunde und Abendbrotzeit, in der sich Genesende meistens am wohlsten fühlen und der Besucher in jeder Beziehung am wenigsten stört.

Wichtiger aber als die richtige Zeit für den Krankenbesuch zu wählen, das richtige, ruhige und doch heitere Kleid dazu anzuziehen, ist es, das ganze eigene Wesen auf seine Tauglichkeit für den Besuch hin zu prüfen. Ein Tag, der uns Leid oder Aufregungen gebracht hat, wird kaum für einen Krankenbesuch geeignet sein. Die eigene Seele muss Frieden haben, wenn sie einer anderen Frieden und Trost bringen will. So viele Menschen reden in solcher Lage aus eigener Leere oder Unruhe heraus den üblichen Schwall seichter Tröstungen daher, und es wäre doch besser, sie hielten erst einmal im eigenen Innern ein wenig Umschau, ehe sie sich vermessen würden, andern etwas sein zu wollen. Der Kranke, durch schlaflose Nächte und viel Alleinsein hellhörig und empfindlich geworden, weist solche Gaben nur als lästig ab und ist froh, wenn sich die Türe hinter dem Besucher wieder geschlossen hat.

Wer einen Kranken besucht, der muss sich schon die Mühe machen, sich ein wenig in eigene ähnliche Lagen zurückzusetzen, sich im Geiste auf ein eigenes Krankenlager zu betten und der Erinnerung abzuhorchen, welches Menschen Kommen damals wirklich erfreut und erfrischt hat, und sich dann bemühen, sein Wesen danach einzurichten. Von Ueberschwenglichkeiten, die in bester Absicht gerade am Krankenbette nicht selten sind, wollen wir ganz absehen. Lautes, markiert lustiges Benehmen, etwa aus dem Wunsche heraus, den Kranken "aufzuheitern" ist nicht am Platze, ebenso wenig wie ein Bejammern des ohnehin genug Geplagten. - Aber auch stille, sonst herzensgute Gefährten fallen oft genug den Nerven des Kranken zur Last. Da hockt dann so eine gute Seele auf der Stuhlkante und quält sich in echtem und tiefem Mitgefühl alle halbe Minute ein armes Sätzlein heraus. Wer mit seinem Krankenbesuche trösten und erfreuen will, der muss sich schon vorher überlegt haben, was er dem Kranken heute erzählen kann, ob dieses oder jenes ihn interessieren wird, und in welcher Form er es darreichen muss, damit er den Sinn dieses Besuches recht erfülle. In ruhiger Selbstverständlichkeit tritt er dem Kranken gegenüber und setzt sich freundlich gelassen an sein Lager, ohne ihn durch allzu intime Nähe zu bedrängen, noch ihn durch zugrossen Abstand unnötig anzustrengen. Diese so nebensächlich erscheinenden Dinge sind durchaus nicht gleichgültig, denn sie mahnen uns in ihrer Befolgung immer wieder an den eigentlichen Sinn und Wert eines solchen Besuches: dem brüderlichen oder schwesterlichen Menschen, der da vor uns liegt, durch unsere Persönlichkeit eine für ihn in jeder Beziehung angenehme Viertelstunde zu bereiten. Wie könnte aber der oder die Kranke durch jene typischen Besucher Freude empfangen, die da an seinem Bette stehen, gross und aufrecht in der Ueberlegenheit ihres Ausgangsgewandes und ihrer beneidenswerten Gesundheit, und von hier aus den bekannten väterlichen oder mütterlichen Ton anschlagen, der den Kranken zu einem wehrlosen, nicht ganz ernst zu nehmenden Baby herabbedauert! Anstatt den Armen, der da still halten muss, ununterbrochen anschauend, über die Symptome und den Verlauf seiner Krankheit zu examinieren, wäre es menschlicher, ihm etwa ein paar friedliche Verse, eine freundliche Geschichte, die vielleicht irgendwie auf ihn Bezug hat, vorzulesen. Gestärkte Lebenshoffnung sollte auf den Kranken von uns ausgehen, erneute Freude an Menschen und Dingen seines Daseins. - Wer seinen Persönlichkeitskräften in vielleicht allzu grosser Bescheidenheit so viel nicht zutraut, der mag ihre Wirkung unterstützen durch ein kleines Geschenk. Blumen und Früchte sind Kranken stets willkommen, während Süßigkeiten doch meistens den Angehörigen weitergeschenkt werden müssen, da der Kranke sie nicht verträgt und einen berechtigten Widerwillen dagegen hat. Ob wir aber auch mit vollen oder leeren Händen ans Krankenbett treten, die Hauptsache wird immer die Gabe bleiben, die das Herz darbietet: die selbstlose Güte, die dem Leidenden Trost und neue Hoffnung gibt. Wer von diesem, und nur von diesem Wunsche getragen ans Krankenbett tritt, der erfüllt jene

"gesellschaftliche Verpflichtung" in ihrem ursprünglichen, längst vergessenen Sinne und trägt in Wahrheit die Krone der Nächstenliebe.

Anni Weber.

Lotterie!!!^x

1932. Wie ein grosses Heer, Mann an Mann, bewegt sich die Not in der Riesenstadt Europa. Kümmerliche Lagerfeuer hier und dort, geduckt vor dem Winde, zagend vor dem Regen. Dawider sich vermillionenfacht abheben die Massen der Dunkelheit, das undurchblickbare Schwarz der Weiten zu schicksalhaft unheimlicher Nähe. Nur im Westen dieser Riesenstadt noch ein hochmütig grell erleuchtetes Haus. Herrische Lichtmacht wider das lauernd schweigende, hassvolle Dunkel. Wird diesem Hause nicht mählich bange in der Einsamkeit seines Triumphes?

"Lotterie"!!! schreit ein Ladenfenster seine bunten Zahlen in die Strasse. Gewinn, Reichtum, Glück!! Bausch der Armut, Fata morgana der Hungernden, letzte Chance der Lebensbankerotten. Drei Mark das Los!! Eine Mark das Los!! Morgen Ziehung!!! Morgen - morgen - morgen... schmeichelnd lockt es, wie ein Dämon, die Masse an. Die müden, arbeitslosen, kranken, verzweifelte Menschen.

"Arbeit!!!" brüllt es auf. Nur sie kann uns retten!! Aber wer gibt uns welche?! Worte, Reden, Drohungen - tönendes Gespenst der Phrase! Halt dein verfluchtes Maul und gib uns eine Stunde Arbeit nur für einen Bissen Brot! Nicht Bettelpfennige - Arbeit wollen wir ja! Ihr aber macht eure Schnauzen los und schliesst eure Fabriken! Umstellen, umlernen, neue Berufe ergreifen! Was nützt uns das? Wir finden dennoch keine Arbeit. Ihr verschwätzt nur die Zeit, indessen uns die leeren Bauchhöhlen bellen. Für uns ist keine Arbeit da und kein Beruf, kein Posten im Staate, der uns was zu fressen gibt!! Man sollte... wenn man nicht schon zu schlapp dazu wäre. Drei Mark!! Damit wäre man vielleicht aus allem Dreck raus. Drei Mark - ein Kapital!

Frauen, alte und junge - welke, verzottelte Gestalten - bleiben vor dem Fenster stehen. Kinder mit Lebensgier in unkindlichen Augen, unterernährt - überreif. Eine Mark!! Hätten wir sie nur, und wir könnten leben!! Fiebrisch irrlichtern Augen auf zu den bunten Zetteln da im Fenster. Glücksköder. Greisenhände wühlen zitternd in ihren Taschen herum. "Nee, drei Mark is mich zuviel - hab' ich nich! Fünfzig Pfennig! Ja," druckst ein altes Mütterchen. "Drei Mark!!" schreien die bunten Zettel. Eine Mark!! Morgen Ziehung!! "Ach, man gewinnt ja doch nichts!" klingt eine hoffnungslose Stimme "Natürlich, wenn man nicht spielt! Neulich hat in unsrer Strasse jemand vierzigtausend Mark gewonnen auf ein Marklos!" Auf die mageren, gelben Züge der alten Frau springen hektisch grellrote Punkte. "Da, Kind - eine Mark - geh rein!"

Die letzte Mark - ein Appell ans Glück.

Ein und aus strömt die Masse, drängelnd und schiebend, durch die Ladentür. Morgen Ziehung!! Eine Mark!! Drei Mark!! 1932. Lotterie!!! - -

Karl Schneider=de Witt.

SPD. Die Hosen der persischen Frauen.^x In Persien tragen die Frauen unter ziemlich kurzen Röcken Hosen, die aus zwei Teilen bestehen. Jeder Hosen-
teil wird über ein Bein gesondert angezogen und dann um den Leib festgebunden

Preussischer Landtag

276. Sitzung

SPD. Berlin, den 18. Februar 1932

Der Preussische Landtag trat am Donnerstag zu der letzten Sitzung seiner Februartagung zusammen, in der eine umfangreiche Tagesordnung zur Erledigung stand.

Zunächst beschäftigt sich das Haus mit Interpellationen und Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion über angebliche Korruptionerscheinungen im pommerschen Genossenschaftswesen und über einen Aufruf des Pommerschen Landbundes zur Bildung einer sogenannten Not- und Schicksalsgemeinschaft. Die Interpellationen werfen der Pommerschen Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft und der Pommerschen Spiritusverwertungsgesellschaft vor, sich satzungswidriger Weise an dem deutschnationalen Verlag "Pommersche Reichspost" beteiligt zu haben, wodurch grössere Verluste von Genossenschaftsgeldern entstanden seien. In einem Antrag wird gegen das Gerichtsurteil protestiert, das gegen Direktoren und Angestellte der Pommerschen Hauptgenossenschaft wegen "gesetzwidriger Schiebungen" gefällt worden sei. Die Regierung wird ersucht, darauf hinzuwirken, dass das Urteil einer Revision unterzogen werde, um einem Urteil Platz zu machen, das dem öffentlichen Rechtsempfinden entspreche und geeignete Massnahmen zu treffen, damit endlich die Korruptionsskandale in den pommerschen landwirtschaftlichen Genossenschaften unterbunden werden. Ein weiterer Antrag verlangt Vorkehrungen dagegen, dass Geld der Pommerschen Spiritusverwertungsgesellschaft für parteipolitische Zwecke Verwendung finden. Ein dritter Antrag ersucht die Regierung, dem Terror des Pommerschen Landbundes, der in einer Aufforderung an seine Mitglieder, Zahlungen in einer ganz bestimmten Reihenfolge zu leisten, um Zwangsversteigerungen zu verhindern, gesehen wird, mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Abg. Hartwig-Stettin (Soz.)

begründet die Anträge seiner Partei. Bereits im August 31 habe die Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen die Direktoren der pommerschen Hauptgenossenschaft wegen Unterschleife mit Einfuhrscheinen eingeleitet. In der Hauptverhandlung sei festgestellt, dass durch diese Schiebungen das Reich um 176 000 M geschädigt worden sei. Das Geldstrafenurteil gegen die Täter, die zur Avantgarde Hugenbergs und Hitlers gehörten; werde in der Öffentlichkeit als unbefriedigend bezeichnet. Bei diesem Prozess habe sich gezeigt, wie diejenigen aussehen, die das jetzige Regime bekämpfen, die, wie der deutschnationale Herr von Rohr bei Volksbegehren sagte, vom "erwachenden Preussen" sprächen. Schieber seien diese Leute und sonst nichts. Ein besonderer Korruptionsskandal habe sich durch ein Schreiben enthüllt, das der Landesvorsitzende des deutschnationalen Landesverbandes Pommern, v. Zitzewitz, an die Rittergutsbesitzer gerichtet habe. Darin heisst es, der Landrat v. Bismarck habe mit den leitenden Persönlichkeiten der Spiritusverwertungs-Gesellschaft Rücksprache genommen. Diese sei bereit, selbst unter grossen Schwierigkeiten eine einmalige Ueberweisung für das Jahr 1932 an den Landesverband der Partei zu ihren Lasten vorzunehmen. Eine genau Kalkulation habe ergeben, dass es notwendig ist, dass für je 100 zu liefernde Liter Spiritus 10 Pfg. Sonderbeitrag bezahlt werden müssten. "Von uns aus", so heisst es in dem Schreiben weiter, "können wir selbstverständlich die Berechnung für Ihre Spiritusmenge und damit die Berechnung der Beitragssumme nicht vornehmen. Dieses will liebenswürdigerweise das Büro der Spiritusverwertung übernehmen." Auf diese Weise seien Reichsgelder, die die Spiritusgesellschaft erhalte, der deutschnationalen Partei zugeflossen. Es liege hier auch nicht etwa ein Einzelfall vor, sondern ein System schlimmster Korruption. So habe nämlich die deutschnationale Partei Pommerns auch bei den Reichstagswahlen 1928 einen Vertreter der Spiritus-Interessenten ein sicheres Mandat auf der Reichsliste gegen Zahlung

von 40 000 Mark überlassen. Den Gipfel deutschnationaler Sabotage bedeute ein Rundschreiben des Pommerschen Landbundes, das zur Bildung einer Schicksalsgemeinschaft auffordere und unter Terrordrohungen zu erreichen versuche, dass erst hinter allen anderen Ausgaben die Steuern entrichtet würden. Das Rundschreiben eines pommerschen Kreislandbundes lasse die Steuern und Ausgaben sogar erst hinter den Landbund- und Parteibeträgen rangieren (lebh. Hört! Hört!). Auch der Pommersche Landbund habe sich hiernach der Aufforderung zur Verletzung der bestehenden Gesetze schuldig gemacht, wie dies schon andere Landbünde getan hätten. Der hierzu vorgelegte Antrag der SPD. verlange Bekämpfung des Terrors des Landbundes mit allen Mitteln. Die deutschnationalen Landbünde wollten zwar dem Staat die Steuern verweigern, verlangten aber gleichzeitig immer grössere finanzielle Unterstützung vom Staat. Viele pommersche Kreise könnten infolge der gemeingefährlichen Steuersabotage der Deutschnationalen und der Landbündler nicht einmal mehr die Unterstützung an die Wohlfahrtserwerbslosen zahlen (Hört! Hört! b.d. Soz.) und richteten Hilferufe an die preussische Regierung. Es sei daher grobe Demagogie, wenn man "das System" für die Schwierigkeiten verantwortlich mache. Mit Ausnahme eines Falles in Mecklenburg-Strelitz habe sich in Deutschland bisher kein Staatsanwalt gefunden, der gegen die staatsgefährliche Steuersabotage und den Terror vorgegangen wäre. Nicht einmal die Bürokratie in Pommern schütze die kleinen Landwirte vor dem Terror der Deutschnationalen. Bisher habe die Regierung zu den Korruptionsfällen der Deutschnationalen nur sehr milde Erklärungen abgegeben, die nicht genügten. Die Regierung müsse endlich mit starker Hand zugreifen, wie es die SPD. in ihren Anträgen im Interesse der schaffenden Bauern fordere. (Beif. b.d. Soz.)

Abg. von Rohr (Dnat.) weist die Angriffe des Vorredners auf Angehörige des Pommerschen Landbundes zurück und richtet seinerseits Angriffe gegen Finanzminister Klepper. Er verteidigt die Parole des Pommerschen Landbundes, dass jeder aus seinen Reihen auszuschneiden habe, der bei Zwangsversteigerungen das Eigentum landwirtschaftlicher Berufsgenossen an sich bringe. Von den Vorwürfen des Abg. Hartwig bleibe nur eine kleine, charmante Fälschung übrig. (Lärm b.d. Soz.)

Abg. Kirchmann (Soz.) weist den Vorwurf der Fälschung entschieden zurück. Der Abg. von Rohr sei gar nicht berechtigt, für die deutschen Bauern zu sprechen. Was solle man davon halten, wenn er u.a. gesagt habe, die ganze Osthilfe sei nichts als eine wüste Quälerei. Die Gewerkschaften würden die Bestrebungen des Landbundes zu vereiteln wissen; die auf eine Senkung der Landarbeiterlöhne auf den Vorkriegsstand abzielten. Der Redner wirft dem Abg. von Rohr wiederholt Unwahrhaftigkeit und Unehrllichkeit vor. (Unruhe und Zurufe b.d. Dnt.)

Die Aussprache wird zur Vornahme der Abstimmungen über die zur zweiten preussischen Sparverordnung gestellten Anträge unterbrochen. Die Anträge der Deutschnationalen, der Deutschen Fraktion und der Kommunisten auf Aufhebung der Sparverordnung werden mit den Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt. Mit dem gleichen Stimmverhältnis wird beschlossen, die zweite Sparverordnung zur Kenntnis zu nehmen. Annahme finden Anträge des Hauptauschusses, worin das Staatsministerium ersucht wird, im Falle des Erlasses weiterer Spar- bzw. Notverordnungen dem Landtag und Staatsrat vor Erlass derselben Gelegenheit zur Mitarbeit zu geben, sofern nicht zwingendes Reichsrecht daran hindert; im Falle der Aufhebung der staatlichen Kunstakademien in Breslau, Königsberg i. Pr. und Kassel dort je einige Meisterateliers bestehen zu lassen; um die Theater in Kassel und Wiesbaden - wenn auch in anderer Form als bisher - aufrechterhalten zu können, in dem Haushalt für das Jahr 1932 für die Theater in Kassel und Wiesbaden den Betrag einzusetzen, der für Beamtengehälter, aus noch laufenden Verträgen und für Unterhaltungskosten aufgewandt werden müsste, wenn das Personal weiterbeschäftigt werden würde. - Beim Abschnitt "Pädagogische Aka-

demien" wird der Ausschussantrag angenommen, der die Regierung auffordert, anstelle der aufgelösten Hochschule für Leibesübungen in Spandau eine Zentralstelle für Leibesübungen in Berlin möglichst zu schaffen.

Der deutschnationale Antrag, die Simultan-Akademie in Frankfurt/Main aufzulösen, wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen, kleiner Rechtspartei und des Zentrums abgelehnt; der zweite Teil des deutschnationalen Antrages, der für die simultane Akademie eine weitere evangelische Akademie aufrecht erhalten wollte, wird gleichfalls abgelehnt und zwar gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei sowie kleine Rechtsgruppen.

Anträge des Verfassungsausschusses, die auf deutsch-volksparteiliche Uranträge zurückgehen und die Regierung ersuchen, den Erlass des Kultusministers über die Planwirtschaft im mittleren und höheren Schulwesen erst dem Landtag vorzulegen, ehe eine Entscheidung erfolgt, sowie einen Nachweis über die Zahl der abgebauten Studienassessoren vorzulegen, werden in namentlicher Abstimmung mit 257 Stimmen der Rechtsparteien, des Zentrums und der Staatspartei gegen 133 Stimmen der Linken angenommen. Annahme mit grosser Mehrheit findet auch ein Entschliessungsantrag der Regierungsparteien, der die Regierung ersucht, beim Vorliegen besonders schwerwiegender Härten bei Zwangspensionierungen der Lehrer nach den neuen Vorschriften Beihilfen zu gewähren.

Zum Kapitel Verwaltungsreform wird der Ausschussantrag angenommen, der die Regierung ersucht, bei der Neuregelung auf die spätere Reichsreform Bedacht zu nehmen, vor Entscheidung die örtlichen usw. Instanzen nach Möglichkeit zu hören und die Leistungsfähigkeit der Verwaltungsbezirke entscheidend sein zu lassen. Beim Kapitel "Gehaltskürzungen" findet Annahme ein Antrag der Staatspartei, zu verhüten, dass die Einkommen der staatlichen Angestellten und Arbeiter unter dem Stand vom 10. Januar 1927 gesenkt werden. Hinsichtlich der Beamten wird der staatsparteiliche Antrag in der Ausschussfassung angenommen, wonach die Regierung die preussischen Sparverordnungen alsbald so ändern soll, dass jede Schlechterstellung der preussischen Beamten gegenüber den Reichsbeamten beseitigt wird. Auch soll die Notlage der stellenlosen Lehrpersonen und Schulamtsbewerber durch geeignete Massnahmen behoben werden.

Hinsichtlich des Abschnitts "Gewerbeaufsichtsämter und Bergreviere" wird der Ausschussantrag bestätigt, wonach die Aufhebung von neun Gewerbeaufsichtsämtern und vier Bergrevieren dann rückgängig gemacht werden sollen, wenn durch die Aufhebung eine Verminderung des Arbeitnehmerschutzes erfolgen würde. Die Anträge über die Auflösung der Kulturbauämter wurden an den Hauptausschuss zurückverwiesen.

Bezüglich der Abstimmungen über die Pädagogischen Akademien ist festzustellen, dass es bei den Beschlüssen der Regierung bleibt, dass also von den 15 geplanten Akademien nur sechs aufrechterhalten werden. Insbesondere wurden auch die Anträge mehrerer Parteien abgelehnt, die die Aufrechterhaltung der Pädagogischen Akademie in Hannover forderten.

Damit sind die Abstimmungen beendet. Das Haus setzt die Aussprache über die sozialdemokratischen Anträge wegen angeblicher Korruptionserscheinungen im pommerschen Genossenschaftswesen fort.

Abg. Grobis (Komm.) nimmt gegen die Unterstützung von Landbundgenossenschaften durch öffentliche Mittel Stellung. Das Geld der Steuerzahler sei von den Genossenschaften vielfach vergeudet worden.

Abg. Grzimek (Staatspt.) erklärt, der Abg. vpm Rohr habe wieder einmal eine unglaublich überhebliche Tonart angeschlagen. Dabei sässen doch die Deutschnationalen selbst im Glaskasten, wie die Korruptionsfälle bewiesen. Ihr Geschrei gegen das System vertrage sich auch nicht mit dem Verkauf des Gebäudes der Pommerschen Reichspost an die freien Gewerkschaften.

Nach einem Schlusswort des Abg. Hartwig-Stettin (Soz.) werden die Anträge der Ausschussberatung überwiesen. Die Interpellationen werden für erledigt erklärt.

Auf der Tagesordnung steht dann der deutschnationale Antrag über die Verletzung der Memellandkonvention durch die litauische Regierung. Der Verfassungsausschuss, der sich am Mittwoch Abend mit dem Antrag beschäftigt hat, schlägt seine Annahme in einer Fassung vor, wonach das Staatsministerium ersucht wird, sofort auf die Reichsregierung einzuwirken, alle nur möglichen Massnahmen gegenüber der litauischen Regierung anzuordnen, um dem vergewaltigte Deutschtum im Memelland zu seinem Rechte zu verhelfen.

Abg. Bugdahn (Soz.) betont, dass der Antrag über den Parteirahmen weit hinausgehe. Er sei ein Protest des Deutschtums gegen die schwere Verletzung der bestehenden Verträge im Memelland durch Litauen, das das Deutschtum unterdrücke. Die Sozialdemokraten seien grundsätzliche Gegner aller Gewaltmassnahmen.

Abg. Pingel (Ztr.) stellt mit Genugtuung fest, dass das deutsche Volk einig sei in den flammenden Protest gegen die abscheuliche Gewalttat Litauens an den deutschen Brüdern im Memelland. Das Memelland sei deutsch; daran könne auch die ihm nach einem Raubüberfall der Litauer ihm vom Völkerbund gegebenen Autonomie nichts ändern. Litauens jetziges Vorgehen gleiche, wie der Vorsitzende des Memellandbundes es auf einer Protestkundgebung ausgedrückt habe, der Handlung eines kleinen, verschlagenen Gelegenheitsräubers. Das Zentrum habe zur Reichsregierung Brüning das feste Vertrauen, dass sie alles tun werden, um das Unrecht an Memelland zu sühnen.

Abg. v. Plehwe (Dnat.) schildert, wie man im Osten mit wachsender Empörung den litauischen Rechtsbrüchen im Memelland habe zusehen müssen.

Abg. Schulz-Neukölln (Komm.) betont, dass die Memelgrenzen gegen den Willen der Werktätigen gezogen wurden. Er bringt einen Antrag ein, wonach die Staatsregierung auf die Reichsregierung im Sinne des Austritts Deutschlands aus dem Völkerbunde einwirken soll.

Abg. Steffens (DVP.) spricht von dem schamlosen Verhalten der litauischen Regierung und klagt Litauen an, der Schikanierung und Litauisierung der unzweifelhaft deutschen Bevölkerung des Memellandes. Es habe sich jetzt die grosse Nachgiebigkeit gerächt, die Deutschland bisher in der Memelfrage gegenüber Litauen gezeigt habe. Damit müsse jetzt Schluss gemacht werden.

Abg. Goldau (Landvolk) gibt namens seiner politischen Freunde eine Erklärung ab, in der es heisst, dass das deutsche Landvolk seiner tiefsten Entrüstung über die Vergewaltigung der verfassungs- und völkerrechtmässigen Rechte des memelländischen Direktoriums durch die litauische Regierung Ausdruck gebe. Von der Reichsregierung wird verlangt, dass sie alle Mittel anwende, um die vergewaltigten Rechte der deutschen Mehrheit des Memellandes herzustellen und zu sichern.

Abg. Grzimek (Staatsp.) weist auf das Deutschtum der memelländischen Bevölkerung hin und spricht der mustergültigen Haltung der deutschen Repräsentanten im Memelland seine Bewunderung aus. Die Reichsregierung und die hinter ihr stehende Staatsregierung verdienen Dank für die Schnelligkeit und Energie, mit der sie die Memelfrage vor den Völkerbund brachten. - Abg. Hestermann (Wirtschpt.) tritt für eine selbständige deutsche Regelung der Memelfrage für den Fall ein, dass der Völkerbund versage.

Unter Ablehnung des kommunistischen Antrages auf Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund wird der Antrag des Verfassungsausschusses gegen die Kommunisten angenommen. Nachdem noch ein Antrag des Hauptausschusses angenommen worden war, der auf eine Weiterführung des Staatl. Schillertheaters in Berlin abzielt, vertagt sich der Landtag auf Dienstag, den 1. März.